Stadt Halle (Saale)
Kommunalbüro

22.10.2001

N i e d e r s c h r i f t

der Einwohnerfragestunde zur 25. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 17.10.2001

Ort: **Stadthaus, Festsaal**

Zeit: **14.05 Uhr bis 14.25 Uhr**

Die Einwohnerfragestunde zur 25. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **B ö n i s c h.**

Herr Klaus-Peter **Dietrich** fragte, warum in Halle Straßen, die schon einen Namen tragen, umbenannt werden. Warum könne man nicht erst einmal die weißen Flecken tilgen; z.B. in Halle-Ammendorf an der Endschleife der Straßenbahnlinie 4? Er schlug vor, diesen Platz Graf-Luckner-Platz zu nennen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** dankte für die Anregung. Die Arbeitsgruppe Straßennamen
könnte vielleicht noch ausstehende Probleme auf diese Weise lösen.

Herr Hans-Joachim **Keneder** äußerte sich zur Umgestaltung des Riebeckplatzes. Er fragte, wie die gestrige Äußerung des Verkehrsministers des Landes Sachsen-Anhalt anläßlich des ersten Spatenstichs für den 2. Bauabschnitt der Osttangente zu verstehen sei, dass die Osttangente die Voraussetzung für den Umbau des Riebeckplatzes sei. Nach dieser Äußerung dürfte der Umbau frühestens im Jahre 2007 beginnen.
Wenn der Umbau aber früher beginne, gebe es schon eine Untersuchung, wie sich die Durchlassfähigkeit vor, während und nach der Beendigung des Umbaus entwickle, um daraus eventuell abzuleiten, welche weiteren Verkehrsentlastungsvorhaben in dringlicher Reihenfolge notwendig seien?
Vielleicht sei es z.B. angesichts des im Jahre 2003/2004 vorgesehenen Ausbaus der Autobahnanschlussstelle Halle-Ost vordringlicher, noch vor Fertigstellung der Osttangente wichtiger, die Delitzscher Straße als Autobahnzubringer auszubauen oder, anstelle eines neuen Saaleübergangs den Glauchaer Platz und die Glauchaer Straße bis zum Böllberger Weg
auszubauen?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte zu den Äußerungen des Landesverkehrsminsters, natürlich wäre es schön, wenn die Osttangente fertig wäre, bevor man mit dem Umbau des
Riebeckplatz beginne. Man wisse, dass das nicht mehr gehe und die Stadtverwaltung deshalb über eine Entlastungsvariante nachgedacht habe, um das Bauvorhaben am Riebeckplatz überhaupt möglich zu machen. Zu den Einzelheiten könne Herr Dr. Busmann noch etwas sagen.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, ergänzte, es sei allergrößter Wert darauf gelegt worden während des Umbaus des Riebeckplatzes, dass immer jeweils alle
Verkehrsbeziehungen, Verkehrsströme im Prinzip nicht unterbrochen werden. Sie bleiben erhalten, werden nur im Bereich des Riebeckplatzes umgelenkt. Das gebe sicherlich gewisse Behinderungen, aber nicht dergestalt, dass die gesamten Verkehrsströme im wesentlichen behindert werden. Es werde etwa 15 Umbaustufen geben. Diese Dinge seien untersucht
worden.

Herr Paul **Andreas** äußerte sich zu verschiedenen Vorhaben in der Stadt, u.a. zur Berliner Brücke.

Herr Frank **Joiko** fragte, warum gegen die Schlamperei der Steinsetzer bei Kleinschmieden nicht vorgegangen werde. Er äußerte sich zu "Fahne" und "Fäusten"; kein Mensch wolle die
Fäuste. Ferner bat er um einen Termin bei Herrn Gärtner.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, das Problem bei Kleinschmieden werde derzeit
geprüft. Sollte es tatsächlich um Schlamperei von Baufirmen gehen, werde die Verwaltung darauf dringen, dass die Leistungen dort ordnungsgemäß für die Stadt erbracht werden. Das Thema "Fäuste" stehe heute auf der Tagesordnung. Die Meinungen in der Stadt dazu seien sicherlich geteilt.

Weitere Anfragen gab es nicht.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian
Stadt Halle (Saale)
Kommunalbüro

22.10.2001

N i e d e r s c h r i f t

der 25. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 17.10.2001 – *ö f f e n t l i c h*

Ort: **Stadthaus, Festsaal**

Zeit: **14.25 Uhr bis 19.40 Uhr**

Anwesenheit: **siehe Anhang zur Niederschrift**

Die 25. Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **B ö n i s c h.**

Er gratulierte Herrn Stadtrat Schuster zu dessen Heirat.

Der Tagungsleiter stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 47 Mitglieder des Stadtrates (82 %) anwesend.

Zur Tagesordnung:
Abzusetzen sei TOP 04 – **Umbenennung einer Straße** – Vorlagen-Nr. III/2001/01675.
Die HAL-Fraktion bitte, einen **Dringlichkeitsantrag** zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Innenausschuss aufzunehmen.
TOP 08 werde im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Frau **Krischok,** PDS-Fraktion, stellte fest, dass beschlossen worden sei: 9+6 als Stärke des Innenausschusses. In der vorangegangenen Tagung seien auch sechs sachkundige Einwohner beschlossen worden. Aus welchem Grunde komme jetzt dieser Antrag?

Herr **Bönisch** informierte, dass der SPD-Fraktion nur ein Sitz eines sachkundigen Bürgers zustehe, der andere stehe der HAL-Fraktion zu.

Herr **Weiland,** HAL-Fraktion, bat um die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages.

Herr **Misch,** CDU-Fraktion, meinte, formal müsste zunächst der bereits gefasste Beschluss aufgehoben werden.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages: mit 43 Ja-Stimmen z u g e s t i m m t

Abstimmung zur Tagesordnung einschl. Änderung: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

1 **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19. September 2001**

2 **Genehmigung der Niederschrift der 24. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 19. September 2001 (öffentlicher Teil)**

3 **Nachtragssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2001**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01775

4 *zurückgezogen*

5 **Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Kommunale Krankenhäuser" vom 13. 10. 1997/Nachkontrolle laut Schreiben vom 23. 04. 2001 gemäß § 44 Abs. 3 Nr. 5 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01611

6 **Ergänzung Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse der Stadt Halle (Saale)**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01796

7 **Grundsatzbeschluss zur Gestaltung des Riebeckplatzes im Rahmen des Neubaus der Straßenbahnverbindung Halle-Neustadt - Halle Hauptbahnhof, 2. Hauptabschnitt**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01585

8 *siehe nichtöffentlicher Teil*

9 **Gebietsreform**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01764

10 **Auswertung der Stadtteilkonferenzen**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01823

Wiedervorlage

11 **Antrag der HAL-Fraktion - zur Festsetzung barrierefreien Bauens in Bebauungsplänen und Bauausführungsplänen**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01550

12 **Antrag der Stadträtin Sabine Wolff, HAL - zum Laternenfest: Einführung von Plaketten zu einem Verkaufspreis von 2,00 DM**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01551

13 Antrag des Stadtrates Geuther, CDU - zur Gestaltung von Bushaltestellen
Vorlagen-Nr.: III/2001/01625

Anträge von Stadträten und Fraktionen

14 Antrag der SPD-Fraktion - zum vorläufigen Erhalt der Messehallen auf der Peißnitz
Vorlagen-Nr.: III/2001/01797

15 Antrag der PDS-Fraktion - zur Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01798

16 Antrag der SPD-Fraktion - zur Verbesserung des Umfeldes am August-Bebel-Denkmal
Vorlagen-Nr.: III/2001/01799

17 Antrag der PDS-Fraktion - zur Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01800

18 Antrag des Stadtrates Werner Misch, CDU - betreffend den bargeldlosen Zahlungsverkehr durch Bürgerinnen und Bürger in der Stadtverwaltung
Vorlagen-Nr.: III/2001/01801

19 Antrag der PDS-Fraktion - zu Untersuchungen für einen neuen Saaleübergang

Vorlagen-Nr.: III/2001/01802

20 Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die Dienstleistungs-/Konzessionsverträge mit der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) und deren Tochterunternehmen
Vorlagen-Nr.: III/2001/01806

21 Gemeinschaftsantrag der Stadträte Gerlach, MBL, Kautz, CDU, Dr. Klapperstück, SPD, Müller, PDS - Befristeter Erlass der Sondernutzungsgebühr für die "Kneipenmeile Sternstraße"
Vorlagen-Nr.: III/2001/01814

22 Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die straßenrechtliche Aufstufung der vorhandenen Landesstraße L 159 (Salzmünder Straße) zur möglichen Bundesstraße B 242
Vorlagen-Nr.: III/2001/01815

23 Antrag des Stadtrates Dr. Michael Klapperstück, SPD - betreffs Verwendung der Fraktur in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01820

24 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zum Personalentwicklungsplan

Vorlagen-Nr.: III/2001/01821

25 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur Verwaltungsreform
Vorlagen-Nr.: III/2001/01822

26 Antrag der HAL-Fraktion - zur Umsetzung der Vorgartensatzung
Vorlagen-Nr.: III/2001/01824

27 Antrag der Stadträte Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM und Peter Jeschke, HAL-NEUES FORUM - zu Fahrradabstellanlagen und Schließfächern
Vorlagen-Nr.: III/2001/01827

28 Antrag von Stadträten der HAL-Fraktion - zur Einbeziehung vorhandener Gehölze im Sinne der Baumschutzsatzung in architektonische Planungsvorhaben der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01828

28A Dringlichkeitsantrag der HAL-Fraktion - zur Berufung eines sachkundigen Einwohners
in den Innenausschuss
Vorlagen Nr. III/2001/01845

Anfragen von Stadträten

29 Anfrage des Stadtrates Ingo Kautz, CDU - zu den Kosten für die Umbenennung des Ordnungsamtes
Vorlagen-Nr.: III/2001/01677

30 Anfrage der SPD-Fraktion - zur Verbesserung der Beschallung für die Sitzungen des Stadtrates im Stadthaus
Vorlagen-Nr.: III/2001/01794

31 Anfrage der SPD-Fraktion - zur Gestaltung der Freifläche vor der Post am Joliot-Curie-Platz
Vorlagen-Nr.: III/2001/01795

32 Anfrage des Stadtrates Prof. Dr. Kiel, PDS - zu den Entgelten für die Benutzung von Bädern durch Sportvereine
Vorlagen-Nr.: III/2001/01803

33 Anfrage der SPD-Fraktion - zu den Wappen der Partnerstädte an den Hauptausfallstraßen der Stadt Halle
Vorlagen-Nr.: III/2001/01805

34 Anfrage der MBL- Fraktion - zu Gerichtsverfahren
Vorlagen-Nr.: III/2001/01808

35 **Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS - zur Erfüllung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01809

36 **Anfrage der MBL- Fraktion - zur Zukunft des ehemaligen "Urania" am Moritzburgring**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01810

37 **Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS - zur Linienführung der Buslinie 28**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01811

38 **Anfrage der SPD-Fraktion - zum Verbleib einer Betonstele mit dem Stadtwappen**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01812

39 **Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS - zur Bewertung von Beihilfen im ÖPNV**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01813

40 **Anfrage der CDU-Fraktion - zu Verkehrsplanungen**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01816

41 **Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU - zur Schulbau-Finanzierung**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01817

42 **Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU - betreffend eine Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) vom 25. April 2001**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01818

43 **Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU - zu Schulabgängern ohne Abschluss**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01819

44 **Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, HAL-Bündnis 90/DIE GRÜNEN - zur Nachnutzung des Geländes des Schulgartens Büschdorf**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01825

45 **Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur Landesausstellung 2002 500-Jahrfeierlichkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Halle (Saale)**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01826

46 **Mitteilungen**

Zu TOP 01 – Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.09.2001

Der Vorsitzende des Stadtrates verlas den Inhalt von fünf in nichtöffentlicher Beratung gefassten Beschlüsse der 24. Tagung des Stadtrates am 19.09.2001

Zu TOP 02 – Genehmigung der Niederschrift

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, bat um eine **Änderung** auf **Seite 185** der Niederschrift der
24. öffentlichen Tagung des Stadtrates:

Auszug aus Niederschrift 24. Stadtrat (S. 185):

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, fragte, ob es nicht möglich sei, die Arbeitsweise der Arbeitsgruppe "Lichtsignalanlagen" zu optimieren. In den Antrag sei aufgenommen worden,
dass auch Vertreter von HAVAG und ADFC und andere, damit seien auch Fußgängervertreter
gemeint, mit in dieser Arbeitsgruppe zu sein haben. Anfangs seien wohl ADFC und die HAVAG dabei gewesen. Dann habe es aber eine Vorverlagerung der Sitzungen in eine Zeit

gegeben, wo ehrenamtlich Tätige noch arbeiten gehen, **so dass ADFC jetzt nicht teilnehmen**
könne. Der Fuß e.V. wisse gar nicht, dass solch eine Arbeitsgruppe existiere.
Das sei nicht im Sinne des von ihnen geänderten Antrages. Sie denke, dass auch die Belange von Fußgängern in dieser Arbeitsgruppe zu berücksichtigen seien.

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift gab es nicht.

Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift
einschl. dieser Änderung: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde die Niederschrift der 24. öffentlichen Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 19.09.2001 in der vorliegenden Form einschließlich der vorgenommenen Änderung g e n e h m i g t.

Zu TOP 03 - Nachtragssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2001

Vorlagen Nr. III/2001/01775

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, stellte folgenden **Ergänzungsantrag**:
Die Stadtverwaltung wird gebeten, von einem sachverständigen Dritten prüfen zu lassen, ob der Zuschussbedarf für den Rettungsdienst eine unabweisbare Zahlungsverpflichtung oder eine freiwillige Mittelverwendung der Stadt Halle darstellt.

Herr **Koch,** Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, informierte über die Beratung des Finanzausschusses vom 09.10.2001. Der Ausschuss habe mit 2 Stimmen bei 1 Gegenstimme und den restliche Enthaltungen zugestimmt.
Er gab kurze Erläuterungen zur Vorlage.

Frau **Krischok,** PDS-Fraktion, meinte, einige Fragen seien für ihre Fraktion noch unbeantwortet, so z.B. zum Gestaltungsbeirat. Dazu seien vom Stadtrat in diesem Jahr 150 TDM beschlossen worden. Laut Nachtragshaushalt benötige man jetzt 105 TDM weniger.
Ihre Fraktion habe nachgefragt, was mit den doch notwendigen 35 TDM geschehen sei und weshalb die restliche Summe nicht gebraucht werde. Für den heutigen Tag sei dazu eine Antwort versprochen worden.
Zur Haushaltsstelle 6150 –Sachverständigenkosten – sei in den Haushaltsberatungen Anfang des Jahres gesagt worden: 50 TDM für Fördermitteleinsatz, Umgestaltung Marktplatz 30 TDM,
KARSTADT-Kaufhaus-Markt 20 TDM. Jetzt würden 60 TDM weniger gebraucht. Was sei entfallen?
Die Verwaltungsspitze sei scheinbar nicht in der Lage, eine vernünftige Kontrolle im eigenen
Bereich auszuüben, d.h. es sei nicht nachweisbar, wofür Geld im Bereich Gutachten ausgegeben werde.
Sie fragte, was es heiße: demnächst kämen die Gebührenabschlüsse 2000 bei Straßenreinigung, Friedhof, Abwasser und Abfall. Wann sei das?

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, äußerte sich zur Reduzierung der Ausgaben beim Gestaltungsbeirat. Sie resultiere daraus, weil der Beirat noch nicht arbeite.
Im Laufe dieses Jahres werde kein Geld mehr fließen.
Zu Gutachten im Bereich Stadtsanierung: Es habe die Auflage gegeben zu kürzen.

Herr **Koch** ergänzte bezüglich des Nachweises des Jahresabschlusses in den Gebührenbereichen, das dies in Arbeit sei. Die Verwaltung wolle im November den Jahresabschluss 2000 Abwassergebühr vorlegen, die anderen Vorlagen seien in Bearbeitung und würden im Dezember bzw. im Januar 2002 vorgelegt.

Frau **Krischok** erklärte, wenn hier eindeutig zum Ausdruck gebracht werde, dass der Gestaltungsbeirat noch nicht arbeite und nicht gesagt worden sei, wofür die 35 TDM in diesem Jahr gebraucht würden, dann stelle ihre Fraktion den **Antrag,** diese *35 TDM zu streichen.* Sie fragte noch einmal nach den konkreten Dingen, die bei Gutachten wegfallen.

Herr **Dr. Busmann** erläuterte, es sei vorgesehen gewesen, einen Vertrag mit einem Auftragnehmer, der seit Jahren für die Stadt arbeite, zu diesen Themen abzuschließen. Dieser Vertrag sei nicht abgeschlossen worden.

Herr **Weiland,** HAL-Fraktion, äußerte sich zum Kulturhaushalt. Es sei auffällig, dass der Kulturhaushalt den größten Nachschlag erhalte. Das sei ein Problem, mit dem sich auch der Kulturausschuss befasst habe. Wenn die Stadtverwaltung absehbare Lohnkostensteigerungen nicht korrekt einstelle oder Einnahmen, die effektiv nicht

erbracht werden können, mit hineinnehme, um den Haushalt auszugleichen, dann komme es Jahr für Jahr zu dem gleichen Ärgernis, dass im Kulturbereich der größte Aufwuchs stattfinde. Hier mahne er an, dass
ein Haushalt korrekt aufgestellt werden müsse.
Zur Entnahme aus den EVH-Geldern: Es sei für ihn ein bisschen wie eine Bankrotterklärung. Die Stadt Halle habe überlegt, was sie mit diesen 105 Mio DM mache. Es habe verschiedene Vorschläge gegeben und einen Beschluss des Stadtrates, zum einen das Geld für investive Dinge zu verwenden, zum anderen sei es gedacht gewesen für die Erschließung des Gebietes für die BMW-Ansiedlung. Er habe etwas dagegen, jetzt einfach die Reste aus diesen EVH-Anteilen für den Verwaltungshaushalt zu verschütten. Das sei seiner Ansicht nach der bequemere Weg. Besser wäre es, an eine Konsolidierung zu denken und zu versuchen, das zum Jahresende so hinzubekommen, dass zwar die Sache mit Einschnitten abgehe, aber ohne dass man die EVH-Mittel angreifen müsse.
In der vorangegangenen Tagung sei der Stadtrat recht cool und großzügig darüber hinweggegangen, dass in der unteren Leipziger Straße eine Million DM zusätzlich aufgewendet worden sei. Die Parallelen in der Ulrichstraße böten sich jetzt offensichtlich an. Wenn man so mit dem Geld umgehe, müsse man damit rechnen, dass es auf die Verwaltung abfärbe und dann dort auch mit Geld nicht so sorgsam umgegangen werde.
Im Gesamtkontext werde seine Fraktion die Vorlage ablehnen.

Herr **Doege,** CDU-Fraktion, äußerte, die Gründe, die zur gegenwärtigen Haushaltssituation geführt haben, seien im Finanzausschuss, im Stadtrat schon mehrfach dargelegt worden. Sie seien auch auf negative Einflüsse zurückzuführen, die von außen einwirken. Die Gewerbesteuerausfälle würden ein beredtes Wort sprechen. Letztendlich habe sich jedoch diese Entwicklung im Laufe des Jahres deutlich abgezeichnet und seine Fraktion vermisse eigentlich die entsprechende wirksame Gegensteuerung gegen diesen Trend. Nach Auffassung seiner Fraktion seien Möglichkeiten zur Findung eines Ausgleichs auf einem anderen Wege durch Erschließung innerer Reserven nicht in dem möglichen und notwendigen
Umfang gefunden worden. Es sei nicht gelungen, die Kasseneinnahmereste zu erschließen, die
vor der Tür stünden und nur eingeworben werden müssten, z.B. ausstehende Stellplatzablösebeträge, rückständige Kita-Gebühren. Nach ihrer Kenntnis sei eine verwaltungsinterne Einsparungsauflage im Jugendhilfe- und Sozialbereich ergangen in einer Größenordnung von ca. 8 Mio DM. Mit knapp 5% sei dem entsprochen worden. Auch hier hätte man verwaltungsseitig anders eingreifen müssen.
Als mit der Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes die Hortbetreuung zur Stadt herüber "gewachsen" sei, sei die Angelegenheit dem Stadtrat als ein Nullsummenspiel offeriert worden. Mittlerweile koste es die Stadt 1,2 Mio DM Mehraufwand.
Die Vorstellungen und Vorschläge zum Haushaltskonsolidierungskonzept seien sicherlich ein Ansatz, um die Haushaltslage zu verbessern, sie seien aber nicht der tiefgreifende Ansatz, um an die Strukturprobleme dieses Haushalts heranzukommen. Bereits 1999 seien durch die Verwaltung Vorstellungen zu einer Haushaltskonsolidierung vorgelegt. Wer diese Vorschläge aufmerksam lese und mit den jetzigen Konzepten vergleiche, der werde dort viel Bekanntes
wiederfinden. Damals sei es mehrheitlich nicht erwünscht gewesen, jetzt merke man, dass man da trotzdem zugreifen müsse; man hätte schon viel eher darauf zugreifen können und habe sich damit erneut in eine schwierige Situation gebracht.
Er denke, Verwaltung und Stadtrat gingen nicht entschlossen genug an diese strukturellen Defizite heran. Wenn schon die Einnahmeseite so völlig desaströs verlaufe, sei es offensichtlich die Aufgabenstruktur auch.

Im Haushalt seien zwei große Ausgabenkomplexe, die 50 % bestimmten. Das sei zum einen mit 11 % die Kultur und zum anderen mit 40 % der Jugend- und Sozialbereich. Wenn überall sparen angesagt sei, müsse man auch bei diesen Stellen zu Einsparungen kommen und hier natürlich an die Struktur gehen.
Es sei ärgerlich, dass ein Kulturkonzept seit über einem Jahr vorliege und immer noch nicht besprochen worden sei, weil es durch ein Gutachten erhärtet werden müsse.
Für die Vorbereitung des Haushaltes 2002 halte man es für unerlässlich, dem Stadtrat eine Zusammenstellung aller freiwilligen und Pflichtaufgaben, die die Stadt leiste bzw. die sie zu erfüllen habe, vorzulegen. Auch sei man der Meinung, dass ein Städtevergleich mit Großstädten aus der Region zu einigen Haushaltspositionen – der besseren Vergleichbarkeit wegen – vorgelegt werden.
Seine Fraktion stelle einen **Änderungsantrag,** der letzte Satz von Ziffer 1 des Beschlussvorschlages solle wie folgt formuliert werden: *Zu dem in der Rücklage verbliebenen*
Teilbetrag unterbreitet die Oberbürgermeisterin mit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2002 Vorschläge zur Bindung dieser Mittel ausschließlich im investiven Bereich.
Er beantrage vorsorglich schon jetzt nach der Diskussion eine kurze Auszeit.
Eine Zustimmung seiner Fraktion insgesamt zum Nachtragshaushalt werde nicht zu erwarten sein.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, erinnerte sich, die Verwaltung sollte eine Liste der freiwilligen
Ausgaben der Stadt heute vorlegen.
Grundsätzlich mahne er bei Herrn Weiland und bei Herrn Doege Disziplin an in der Haushaltssystematik. Man rede im wesentlichen über den Ausgleich des Verwaltungshaushaltes. Wie Herr Doege mit Stellplatzablösebeträgen den Verwaltungshaushalt ausgleichen wolle, müsse er einmal erklären, ebenso Herr Weiland, der mit Einsparungen bei der Leipziger Straße den Verwaltungshaushalt ausgleichen wolle. Abgesehen davon, diese eine Million stehe gegen vier Millionen Mehrausgaben für Edelgranit aus Ostasien, und wenn er sich recht erinnere, habe Herr Weiland diese vier Millionen gegen heftigen Protest der SPD-Fraktion mit beschlossen - vielleicht sei Herr Weiland als Einzelner
eine Ausnahme gewesen auf der anderen Seite des Hauses. Aber hier 700 TDM beklagen und vorher 4 Mio DM gegen den Willen, übrigens auch von Herrn Heinrich, aus dem Fenster zu transportieren, das finde er als Heuchelei und nicht als Ehrlichkeit.
Herr Doege habe angekündigt, dass seine Fraktion dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen könne. Dieses Defizit sei das einzige Defizit, zu dessen Zustandekommen Herr Koch nicht verantwortlich sei, denn das sei durch Änderungen in der Gewerbesteuersystematik entstanden. Alle anderen Defizite, die die Stadt in der Vergangenheit gehabt habe – und das sei seit sechs Jahren der Fall – seien ausglichen worden durch die Rücklagen der Stadt, die sich 1996 auf 100 Mio DM belaufen haben. Die Entnahmen aus den Rücklagen seien beschlossen worden unter einem CDU-Oberbürgermeister und einem CDU-Kämmerer mit maßgeblicher Unterstützung der CDU-Fraktion - und heute stelle man sich hier hin und sage, diese Sache trage man nicht mehr mit, man habe doch die Stadt im Grunde genommen sechs Jahre lang systematisch ruiniert.
Die 99er Haushaltskonsolidierungsvorschlägen bestünden im wesentlichen aus Steuererhöhungen und Zuwendungskürzungen. Sie seien nicht begleitet gewesen von den Maßnahmen, die jetzt die Stadtverwaltung systematisch vorbereite und im Hauptausschuss

vorlege. Für ihn sei es spannend, dass jedesmal im Hauptausschuss vorgetragen werde – und es herrsche Stille. Er habe gedacht, wenn diese Vorschläge kommen, werde man diskutieren.
Diese Diskussion habe er in den letzten vier, fünf Monaten leider vermisst.
Zu den Ausgaben im Kulturbereich: Herr Weiland beklage, dass die Mehrausgaben in diesem Bereich dadurch zustandegekommen seien, dass sie zu niedrig im Haushalt angesetzt worden sein. Herr Doege habe zumindest einmal zugegeben, dass dieser Betrag – 111 Mio DM oder
113 Mio DM – von der Stadt nicht mehr zu tragen sei.

Nun frage er, wenn man eine Kulturlandschaft mit einer Summe von kulturellen Einrichtungen
habe, die alle für den Bürger da seien und auch etwas Positives erbringen, aber auch eine Stadt habe, die das alles nicht mehr so bezahlen könne, dann gebe es zwei Möglichkeiten: die eine sei, dass die Kultureinrichtungen sich – auch untereinander – verständigen und ein vergleichbares Kulturangebot machen, das finanzierbar sei, mit weniger Geld machbar sei. Die andere Möglichkeit sei, dass derjenige, der die Kultur bestellt, weniger bestelle.
Das beantragte Kulturkonzept sei mit der Zielstellung in Arbeit gegeben worden, Strukturänderungen herbeizuführen, und jetzt sitze man immer noch daran. Und man werde vielleicht auch noch im nächsten oder übernächsten Jahr daran sitzen, wenn man nicht einfach sage, man müsse hier einmal selbst etwas beschließen. Deshalb sage er ganz deutlich:
angesichts der Tatsache, dass die Schulen inzwischen die Kreide sparen und er aus den Kultureinrichtungen nicht eine Mark Entgegenkommen sehe, was die Haushaltssperre betreffe,
werde er hier ununterbrochen fordern: wir müssen etwas tun und darum sei das Opernhaus im nächsten Jahr zu schließen.

Herr **Stemme,** MBL-Fraktion, erklärte, dass der Beschluss jener Abgeordneter, die vor Jahren
nach den Einnahmen der EVH-Erlöse sich dazu bekannt haben, dass dieses Geld für Investitionen oder damit verbundenen Aufgaben festgeschrieben bleibe, ein ganz hervorragender Beschluss sei. Er bitte den Stadtrat, diesen Beschluss auch weiter zu tragen.
Ihm tue es sehr weh, wenn vorgeschlagen werde, über 23 Mio DM aus diesem Fonds herauszunehmen, um damit Löcher zu stopfen.
Herr Prof. Schuh habe eben gesagt, die CDU habe in den letzten Jahren durch ihre Ausgabenpolitik diese Stadt ruiniert. Jetzt wolle Herr Prof. Schuh Geld ausgeben, worüber er über Jahre hinweg auch ganz anders gedacht habe. Er solle doch bei dem Gedanken bleiben, den er noch unter den Opposition gegenüber Rauen formuliert habe, da dieser Standpunkt
seiner Auffassung nach gut sei. Vielleicht könne er ihm erklären, warum er jetzt plötzlich umfalle.

Herr **Doege** erwiderte auf die Äußerungen von Herrn Prof. Schuh, er fühle sich in den Geschichtsunterricht zurückversetzt. Wenn Herr Schuh Ehrlichkeit anmahne, sollte er so ehrlich sein zu sagen, dass die CDU-Fraktion in einer Minderheit im alten Stadtrat gewesen sei. Die Ausgabenpolitik sei letztendlich durch einen Mehrheitsbeschluss entstanden, an dem die CDU-Fraktion genauso beteiligt gewesen sei wie die SPD-Fraktion und die PDS-Fraktion.

Herr **Weiland** ging ebenfalls auf die Äußerungen von Herrn Prof. Schuh ein. Natürlich bestreite niemand, dass es im Kulturbereich ein strukturelles Problem gebe; das wüssten alle, die damit befasst seien. Aber Fakt sei, dass das Kulturkonzept untere Beteiligung aller Fraktionen letztendlich in der Diskussion versackt sei und nicht zu konsequenten Schlussfolgerungen geführt habe. Es gebe einen neuen Ansatz, und die CDU-Fraktion sei nach seiner Kenntnis die einzige gewesen, die vorgelegt habe, was geregelt werden solle. Zum Kulturhaushalt: Wenn Herr Prof. Schuh sage, dass es als Anreiz für die Kultureinrichtungen gedacht sei zu sparen, dann verstehe er schon, dass das so gemacht werde. Problem sei nur, dass es hinterher anders herauskomme bei der Haushaltskonsolidierung, beim Nachtragshaushalt, und dass im Kulturhaushalt immer bei denen gekürzt werde, wo es am leichtesten sei, das sei bei den Vereinen, Projekten. Das bedaure er im Interesse der Vielfalt der Kultur in der Stadt.

Herr **Prof. Schuh** ging u.a. auf die Äußerungen von Herrn Stemme ein zu erklären, warum seine Fraktion "umgekippt" oder nicht "umgekippt" sei. In der Fraktion sei ernsthaft die Möglichkeit diskutiert worden zu sagen, man stimme diesem Ausgleich mit den 23 Mio DM nicht zu. Dann mache das der Gerichtsvollzieher, sprich das Regierungspräsidium.

Er würde gern zu einer Alternative einladen, die folgendes besage: Wenn man diese 23 Mio DM jetzt nicht ausgleiche, dann ergebe das einen Verlustvortrag für das nächste Jahr, d.h. man habe dann im nächsten Jahr nicht nur das Defizit, was möglicherweise im neuen Haushalt
komme, sondern habe auch noch die 23 Mio DM. Da müsse man sich hier klar werden, dass man in den nächsten zwei Jahren diese 23 Mio DM wieder erwirtschaften müsse. Da lade er ein, mitzuarbeiten, dass man diese 23 Mio DM – unabhängig davon – dass man das jetzt ausgleiche – erwirtschafte und wieder in die Rücklage tue. Wir gleichen diese 23 Mio DM jetzt aus, aber fassen gleichzeitig für uns den Beschluss: wir holen sie uns wieder. Dazu fordere er alle Fraktionen auf.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, meinte, den Streit, ob die CDU unter Oberbürgermeister Rauen oder jetzt die SPD unter Oberbürgermeisterin Häußler Schuld an der Misere sei, finde sie ziemlich müßig. Sie weise darauf hin, was auch angemahnt worden sei, dass man doch zum Verwaltungshaushalt etwas wollte, dass auch kleine Fraktionen Vorschläge haben, wie man Geld eintreiben könne, natürlich nicht zur Deckung des gesamten Defizits. Ihre Fraktion habe z.B. immer wieder angemahnt, dass ein Energiemanagement stattfinden müsse. Es sei geantwortet worden, das passiere längst. Sie könne die Adressen nennen, wo in Gebäuden der Stadtverwaltung Fenster offen stehen, Heizungen angestellt seien, da gehen auch Tausende Mark zum Fenster heraus. Es gebe immer noch Schulen, bei denen z.B.
Heizungsanlagen nicht erneuert seien. Die Möglichkeiten des Contractings, dies zu bewältigen, werde immer mal wieder angesprochen, aber nicht in Anspruch genommen. Das sei aber die Chance, wo man mittelfristig einiges erreichen könnte.
Schulhöfe seien nach wie vor versiegelt. Es scheine niemanden zu interessieren – vielleicht, weil die Anregung von den Grünen kommt.
Zur Entnahme aus den EVH-Millionen sage sie, man könne eigentlich ganz froh sein über das Abstimmungsverhalten der HAL-Fraktion im Hinblick auf die Gelder, die für die BMW-Erschließung geflossen seien, denn die Fraktion habe mit ihrem Abstimmungsverhalten sicher

dazu beigetragen, dass kein Blankoscheck ausgestellt worden sei, sondern dass es auf diese
56 Mio DM begrenze worden sei, sonst wäre jetzt überhaupt keine Chance da, aus irgendeiner Rücklage noch etwas entnehmen zu können.

Herr **Misch,** CDU-Fraktion, erinnerte an Worte von Frau Stadträtin Dr. Wünscher in der Beratung des Finanzausschusses. Sie habe nicht mit dem Finger auf die Verwaltung gezeigt und gesagt, die Verwaltung sei an dieser Misere schuld. Sie habe in erster Linie gesagt, auch die Stadträte sollten sich diese Jacke anziehen, weil sie an einigen Stellen nicht Willens oder nicht mutig genug gewesen seien, bestimmte Entscheidungen zu treffen oder bestimmte Vorschläge zu unterbreiten. Einfach deshalb, weil jeder ein bestimmtes Klientel bedienen möchte und vor diesem Klientel nicht als derjenige dastehen möchte, der irgend etwas wegnehme. Er erinnere sich daran, als das Gutachten zum Thalia Theater vorgestellt worden sei, dass der Gutachter gesagt habe, wenn man das Niveau beibehalten wolle auf dem Sektor der Kunst, komme man mit den Mitteln, die man jetzt zur Verfügung stehen habe, nicht mehr aus, man müsse in jedem Jahr draufsatteln, d.h. der finanzielle Spielraum für andere Dinge werde immer geringer werden. Wenn man ehrlich miteinander sei, sehe es auf jeder Strecke so aus. Unter diesem Gesichtspunkt, dass alle es wissentlich sähen, aber niemand auf seiner speziellen Richtung bereit sei, etwas wegzunehmen, wäre auch die Verweigerung einer Fraktion ein geeignetes Druckmittel auch an die Stadträte, dass man an dieser Stelle künftig ein bisschen ehrlicher miteinander umgehe und auch ehrlicher gegenüber der Öffentlichkeit sei.

Herr **Kley,** F.D.P.-Fraktion, meinte, die einzige Chance des Stadtrates sei noch, die bereits getätigten Sünden durch irgendwelche Deckungsvorschläge zuzudecken. Wenn man die Diskussion verfolge, müsse man feststellen, dass nach der allgemeinen Schuldzuweisung der
Stadtrat bei dem Haushalt 2002 die Kraft finden möge, endlich zu Maßnahmen zu schreiten,
die man sich gegenseitig vorwerfe, sie nicht getätigt zu haben.

Er finde es gut, dass hier nicht nur allgemein auf den Kulturhaushalt geschimpft worden sei, sondern dass auch die Fragen Soziales und Jugendhilfe einmal kritisiert worden seien, denn der ständige Hinweis auf unabwendbare Aufgaben könne so nicht mehr ziehen.
Im Bereich Kindertagesstätten – seit Jahren angemahnt, endlich ein vernünftiges Konzept auf den Tisch zu legen, habe man jetzt den Sachverhalt, dass Leistungen für Bürger erbracht werden, die diese eigentlich nicht brauchten.
Auch über die ganze Frage Halle-Pass sei man nicht bereit zu reden, aber statt dessen sei man bereit, bei den EVH-Rücklagen dieses Geld zu nehmen, um die Verluste zu decken. Man werde 2002 ganz kritisch nachfragen, wie ernst es wirklich sei mit dieser Deckung und deren Wiederbeschaffung. Man werde jetzt den Nachtragshaushalt nicht ablehnen, man werde sich der Stimme enthalten, damit wenigstens ein gesetzlicher Rahmen für die Ausgaben bestehe, aber zustimmen könne man keinesfalls.

Frau **Ehlert,** PDS-Fraktion, erklärte, die Misere, vor der man heute stehe, sei nicht neu. Über Jahre sei darauf hingewiesen worden, dass der Haushalt irgendwann nicht mehr ausgeglichen werden könne. Aus diesem Grunde sei schon vor Jahren eine Studie veranlasst worden, die zur Modernisierung der Verwaltung führen sollte. Auch hier sei Nachholbedarf angesagt. Der Nachtragshaushalt sei eigentlich schon zu Beginn der Sommerpause fällig gewesen. Man habe gewusst, dass die Haushaltssperre verhängt worden sei. Damals
habe man die Einbrüche bei der Gewerbesteuer schon voraussehen können; auch der

Deutsche Städtetag habe davor gewarnt und fordere schon über Jahre, dass eine neue Finanzausstattung für die Kommunen vom Gesetzgeber her notwendig sei.
Sie erinnere daran, dass Herr Gärtner bereits bei Verabschiedung des Haushaltes auf das Loch im Bereich der Kultur aufmerksam gemacht habe. Man könne heute nicht so tun, als hätte man dieses Problem nicht schon damals gewusst.
Sie denke, Schuldzuweisungen brächten nicht weiter, man sollte gemeinsam versuchen, an Aufgabenkritik weiter zu arbeiten. Bisher habe man immer noch die Möglichkeit gehabt, in der Haushaltsdurchführung mit Reserven, die man dann zur Deckung habe einsetzen können, auszugleichen. Aber seitdem das straffe System bezüglich der Haushaltsreste eingeführt worden sei, habe man kaum noch Reserven.
Dieser Nachtragshaushalt sei, so schlimm es sei, auch ein Beitrag zur Haushaltswahrheit.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, die Diskussion zeige ihr sehr deutlich, dass der Stadtrat erkannt habe, was zu tun sei. Die Tatsache, dass der Haushalt dieses Jahr nicht aufgehe, sei beschrieben worden. In dem Zusammenhang, dass angemahnt worden sei, dass die Verwaltung auch im laufenden Haushaltsjahr schon etwas tun solle, erinnere sie daran, dass man mit einem Haushaltsloch von 40 Mio DM begonnen habe und sei jetzt bei 23 Mio DM. Das zeige die Anstrengungen, die innerhalb der Verwaltung unternommen worden seien, um diese Einnahmeverluste, die von keinem erwartet werden konnten, wenigstens ein Stückchen auszugleichen.
Sie hoffe auch, dass durch die weiteren Sparanstrengungen bis zum Jahresende noch etwas eingespart werden könne, so dass die 23 Mio DM nicht in dieser Größenordnung tatsächlich entnommen werden müssen. Sie teile das Unbehagen, dass hier zu der Tatsache zum Ausdruck gebracht wurde, dass man für investive Maßnahmen geplante Mittel jetzt zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes verwende. Ihre Absicht sei es überhaupt nicht gewesen, einen solchen Weg zu gehen. Aber angesichts der Gewerbesteuerentwicklung und auch der
gestiegenen Sozialausgaben sei dieser Weg nicht anders möglich, und wenn man ehrlich sei, sei dieser Weg schon in den vergangenen Jahren gegangen worden. Am Ende sei immer Geld verwendet worden, das eigentlich für andere Dinge vorgesehen gewesen sei. Doch damit sei jetzt Schluss, und sie denke, es sei richtig, dass es ganz klar gesagt werde, denn sie habe nicht die Absicht, die Stadtwerke am Ende weiter zu verkaufen, um immer wieder den Verwaltungshaushalt ausgleichen zu können. Eines müsse man sich aber deutlich machen,
man habe ein strukturelles Defizit. Die Größenordnung werde man sehen, wenn der Haushaltsplan für 2002 vorgelegt wird.
Die Verwaltung werde Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung machen, die natürlich nicht innerhalb von ein, zwei Jahren greifen werden. Sie hoffe, dass es gelinge ein Konzept vorzulegen, was wenigstens innerhalb der nächsten fünf Jahre einen Ausgleich erwarten lasse.
Das sei aber auch das Äußerste, was man aus diesem heute vorhandenen Haushalt wahrscheinlich herausholen könne. Wenn der Einnahmeverfall so weitergehe, wie er in diesem Jahr begonnen habe und wie der durch die jetzt vorhandene Steuergesetzgebung prognostiziert sei, dann werde auch die Stadt Halle durch strukturelle Eingriffe in den eigenen
Haushalt nicht ausgleichen können. Hier müsse die Bundesregierung endlich die kommunale Finanzierung neu organisieren. Sie könne nur alle bitten, auf ihren Strecken zu unterstützen,
damit es möglichst schnell zu einer solchen Diskussion im Bund komme.
Es sei auf der einen Seite eine politische Debatte notwendig, aber erst einmal müsse die Stadt ihre eigenen Hausaufgaben machen. Sie denke, im Haushalt sei noch eine ganze Menge Spielraum. Die Verwaltung sei dabei, diese Spielräume aufzuzeigen, um daraus

Schlüsse zu ziehen. Der Städtevergleich laufe; daraus könne man schon ein paar Dinge ablesen und könne sehen, wo die Stellschrauben in unserem Haushalt seien – nur das seien alles Stellschrauben, die weh täten und wie das von allen Fraktionen im Prinzip schon gesehen werde.
Sie denke, es sei wirklich einmütiges Herangehen an eine Haushaltskonsolidierung erforderlich; es reiche nicht mehr, ein bisschen einzusparen, es müssten Beschlüsse gefasst werden, die langjährig weiter wirkten und das seien Beschlüsse, die nicht nur dem Stadtrat und der Verwaltung weh tun, sondern wo man der Bevölkerung werde erklären müssen, weshalb man solche Entscheidungen treffe.
Sie bitte den Stadtrat, diesen Nachtragshaushalt passieren zu lassen, denn man brauche einen gesetzlichen Rahmen, um weiter arbeiten zu können.
An Herrn Kley gewandt, meinte sie, es sei nicht so, dass die Verwaltung das Geld zusätzlich ausgegeben habe, sondern es fehle an Einnahmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Stadtrat nahm auf Wunsch der CDU-Fraktion eine **A u s z e i t.**

Herr **Koch** äußerte sich zum Ergänzungsantrag von Herrn Dr. Klapperstück. Er sei der Auffassung, dass man dazu Stellung nehmen sollte. Er halte es für eine gesetzlich veranlasste
Ausgabe, resultierend aus dem Rettungsdienstgesetz. Er sehe keine Notwendigkeit, einen Sachverständigen einzuschalten. Sollte es notwendig sein, empfehle er, diese Problematik in der nächsten Sitzung des Finanzausschuss zu besprechen.

Herr **Dr. Klapperstück** meinte, das sei eine Antwort, die er immer wieder bekomme.
Es sei in der Tat so, dass der Rettungsdienst durchgängig von den Krankenkassen finanziert werde. Er beklage seit Jahren den Zuschussbedarf, der sich nicht unter 400 TDM pro Jahr belaufe. Er frage, sei diese Ausgabe, diese Mehraufwendung der Stadt, eine unabweisbare Zahlungsverpflichtung oder sei sie freiwillig.

Herr **Prof. Schuh** verwies den **Zusatzantrag** namens seiner Fraktion in den Finanzausschuss.
Dort sollte geklärt werden, wer extern begutachten könne.

Der Zusatzantrag von Herrn Dr. Klapperstück wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den
- **Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung v e r w i e s e n.**

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Ergänzungsantrag
der PDS-Fraktion: mehrheitlich z u g e s t i m m t
(Siehe 1.Satz im Beschlusstext)

Abstimmung zum Ergänzungsantrag
der CDU-Fraktion: mehrheitlich z u g e s t i m m t
(siehe Punkt 1. letzter Satz)

Abstimmung zur Vorlage
einschl. Ergänzungen: bei 21 Ja-Stimmen
14 Nein-Stimmen
17 Enthaltungen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01775 – Nachtragssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2001

Die 35 TDM in HH-Stelle 1.6100.655000.6 sind zu streichen.

1. Der Stadtrat beschließt die Nachtragssatzung und der Nachtragshaushaltsplan der Stadt
Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2001. Der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes wird
durch die Entnahme aus der Rücklage (EVH-Anteile) mit *23.003 TDM* **vorgenommen.**
Die Beschlusslagen des Stadtrates vom 21. 02., 21. 03. sowie 20. 06. 2001 bezüglich des
Einsatzes der 105 Mio. DM EVH-Erlöse werden damit geändert. Im Ergebnis der
bisherigen Beschlusslagen wurden durch den Stadtrat folgende Zweckverwendungen
festgelegt:

105,000 Mio. DM	**EVH-Erlöse**
56,000 Mio. DM	**Ausbau des Standortes für BMW-Bewerbung (Gesamtbetrag unter Einschluss des Teilbetrages**
von	**6 Mio. DM für ursprünglich bis zum 31. 12. 2001 anzusetzen, jetzt, da nicht kassenwirksam, in 2002 zu veranschlagen)**
49,000 Mio. DM	**Z w i s c h e n b e t r a g** **Über eine weitere Verwendung wurde nicht beraten.**
23.003 **Mio. DM**	**Verwendung zur Ausgleichung des Fehlbedarfes**
2001	
25,997 Mio. DM	**V e r b l e i b e n d e r T e i l b e t r a g**

Zu dem in der Rücklage verbliebenen Teilbetrag unterbreitet die Oberbürgermeisterin mit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2002 Vorschläge zur Bindung dieser Mittel ausschließlich im investiven Bereich.

2. **Es sind alle Anstrengungen daran zu setzen, das Jahresergebnis u.a. durch die strikte Einhaltung der Haushaltssperre der Oberbürgermeisterin nach § 29 GemHVO so günstig wie möglich zu gestalten. Die erzielten Verbesserungen im Jahresergebnis, führen zu einer Verminderung der Entnahme aus der Rücklage (werden dem verbleibenden Teilbetrag aus dem Verkauf der EVH-Anteile zugerechnet).**

Zu TOP 05 - Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes über die örtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Kommunale Krankenhäuser" vom 13.10.1997/ Nachkontrolle laut Schreiben vom 23.04.2001 gemäß § 44 Abs. 3 Nr. 5 GO LSA

Vorlagen Nr. III/2001/01611

Herr **Misch,** CDU-Fraktion, äußerte, der Rechnungsprüfungsausschuss habe sich mit der Vorlage beschäftigt. Mit der zeitlichen Unbestimmtheit einer Aussage in der Stellungnahme der Stadt, letzter Absatz – Eine Dienstanweisung ...bleibt noch auszufertigen – sei man nicht zufrieden gewesen. Der Ausschuss habe mit Beschluss empfohlen, die Stellungnahme der
Verwaltung werde mit der Maßgabe bestätigt, dass die Dienstanweisung bis zum 16.10.2001
dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt werden solle. Im Finanzausschuss sei man so verblieben, dass diesem am 06.11.2001 diese Dienstanweisung vorgelegt werde.
Unter dieser Maßgabe könne man der Vorlage zustimmen.

Herr **Koch,** Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, sagte die Vorlage termingerecht zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01611 - Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes über die örtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Kommunale

Krankenhäuser" vom 13.10.1997/Nachkontrolle laut Schreiben vom 23.04.2001 gemäß § 44 Abs. 3 Nr. 5 GO LSA

Die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zur Nachkontrolle des Berichtes des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Kommunale Krankenhäuser" wird bestätigt.

Zu TOP 06 - Ergänzung Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen Nr. III/2001/1796

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, informierte über die Ergänzungen, die in der Beratung des Innenausschusses empfohlen worden seien und die in einem entsprechenden Antrag vorlägen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Ergänzungsantrag Innenausschuss: mehrheitlich z u g e s t i m m t
(*siehe Kursivtext im Beschluss)*

Abstimmung zur Vorlage einschl. Ergänzung: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01796 - Ergänzung Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse der Stadt Halle (Saale)

Der Stadtrat beschließt, die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2000 wie folgt um Punkt II. 8 zu ergänzen:

8. Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten (Innenausschuss)

Empfehlungsrechte

1. **Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung** *im Rahmen der städtischen Zuständigkeit* **soweit nicht die ausschließliche Zuständigkeit des Oberbürgermeisters gemäß § 63 (4) GO LSA gegeben ist**
2. **Angelegenheiten des Brand- und Katastrophenschutzes** *und des Rettungsdienstes* **im eigenen Wirkungskreis**
3. **Straßenverkehrsregelungen im eigenen Wirkungskreis, soweit nicht andere Ausschüsse zuständig sind**
4. **Gefahrenabwehrverordnung (Stadtordnung) im eigenen Wirkungskreis**
5. **Angelegenheiten des Gewerberechts im eigenen Wirkungskreis**
6. **Angelegenheiten der Märkte im eigenen Wirkungskreis**

Zu TOP 07 - Grundsatzbeschluss zur Gestaltung des Riebeckplatzes im Rahmen des Neubaus der Straßenbahnverbindung Halle-Neustadt/Halle-Hauptbahnhof, 2. Hauptabschnitt

Vorlagen Nr. III/2001/01585

Der Tagungsleiter verwies auf einen schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, informierte zum Ergänzungsblatt der Verwaltung.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, teilte den Beratungsverlauf im Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten zu dieser Vorlage mit und begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Herr **Biesecke,** SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion habe im Fachausschuss jenen Antrag auf Änderung der Beschlussvorlage eingebracht und halte prinzipiell an dem Ansinnen dieses Antrages weiterhin fest, d.h. man werde den CDU-Antrag unterstützen. Allerdings verstehe man den CDU-Antrag so, wie die SPD-Fraktion die Änderung im Planungsausschuss eingebracht habe. Man gehe davon aus, dass – wenn die "Fäuste" am Riebeckplatz beseitigt
werden, sie nicht vollständig zerstört werden, sondern zurückgebaut und gegebenenfalls an anderer Stelle wieder aufgebaut werden, wenn dies der Stadtrat in einem Extrabeschluss beschließen sollte.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, äußerte, sie verstehe das nicht richtig. Sie denke, man könne dem Abriss zustimmen. Man wisse nicht, wo das eingelagert werden soll, was das kosten werde und wo in Halle man diese "Fäuste" wieder aufrichten wolle, es sei denn, man habe im Hinterkopf, diese "Fäuste" zu verkaufen. Sie verstehe den CDU-Antrag eher so, dass der Abriss damit bekundet werde.

Frau **Lenk**, PDS-Fraktion, führte aus, die Diskussion auch in der Bevölkerung habe gezeigt, dass es durchaus umstritten sei, ob die "Fäuste" weg sollen oder nicht. Wie immer man dazu stehe, so wie es in der Vorlage formuliert sei, gehe es doch um ein Stück Stadtgeschichte,
einen Teil unserer Kulturgeschichte, und man sollte damit nicht leichtfertig umgehen. Soweit man wisse, sei im Kulturausschuss über die "Fäuste" nicht diskutiert worden. Seitens der Fraktion möchte sie die Frage - Abriss der "Fäuste" oder nicht – in den Kulturausschuss verweisen.

Herr **Kley,** F.D.P.-Fraktion, meinte, das Problem bei derartigen Grobkonzepten sei, dass nirgends genau stehe, was damit beschrieben sei, wie weit der Gestaltungsbereich sei und welche Folgewirkungen es habe. Hier sei besonders auf die "Fäuste" verwiesen worden, aber alles, was drumherum sei, scheine nicht mehr in Betracht zu fallen. Nach dem gegenwärtigen Konzept habe man einen Wegfall der Parkplätze vor dem Bahnhof. Es sei keine Rede davon, dass an anderer Stelle ein bahnhofnaher Parkplatz geschaffen werde, der barrierefrei erreichbar sei. Ebenso sehe er in dem Plan nicht, ob die Erreichbarkeit des gegenwärtigen existenten Parkplatzes besser sei oder die Abfahrmöglichkeiten auch in andere Richtungen verstärkt werden sollen. Eben habe man über den Haushalt diskutiert und geklagt, dass kein Geld da sei, aber niemand diskutiere darüber, dass in dieser Vorlage stehe: 10 Mio DM bis
12 Mio DM Mehrkosten durch bestimmte Verfeinerungen.
Darüber müsse noch einmal diskutiert werden. Der ganze Vorgang werde reduziert auf diese "Fäuste". Auch an dieser Stelle gebe es keine Finanzschätzung; d.h. es werde emotional
diskutiert und debattiert, aber es sei nicht klar, was ein Abtrag koste, was ein Abriss oder was eine Einlagerung und was ein Erhalt.
Aus Sicht seiner Fraktion sei es auch die Frage, ob das vielgelobte Eingangstor der Stadt Halle den Besucher durch eine drohend emporgereckte Faust empfangen soll.
Seine Fraktion plädiere für einen Abriss der "Fäuste".

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, um die Diskussion um die "Fäuste" ein bisschen zu erhellen, könne sie einige Zahlen dazu nennen, was koste was.
Zunächst möchte sie jedoch ihre persönliche Meinung sagen, die nicht nur zum Thema "Fäuste" gelte: Sie habe ein ungutes Gefühl bei der Diskussion, alles was aus der Vergangenheit nicht gefalle, reiße man jetzt ab. Als man in der DDR gelebt habe, habe genau dieses stattgefunden, und man habe sich an vielen Stellen sehr darüber geärgert. Sie habe ein bisschen Angst, dass der Stadtrat jetzt auch sage, man wolle eine schöne saubere Stadt und alles, was an die Vergangenheit erinnere, muss weg. Sie teile diese Auffassung nicht.
Nicht, dass sie sagen wolle, dass sie die "Fäuste" für eine besonders ästhetisch gelungene Konstruktion halte, aber sie glaube nicht, dass es gut tue, alles in der Stadt Halle zu beseitigen, was an 40 Jahre DDR-Geschichte erinnere, denn das unterscheide uns von den westdeutschen Städten, und sie glaube nicht, dass es gut sei, eine gesichtslose, schöne, "bereinigte" Stadt zu sein. Sie denke schon, dass auch im Stadtgesicht die Geschichte Ausdruck finden müsse.
Wie wolle man seinen Kinder später die Geschichte erklären, wenn alles beseitigt werde?

Nun zu den Zahlen: Abriss der "Fäuste" koste 60 – 70 TDM, Erhalt etwa 200 TDM und eine Einlagerung ca. 500 TDM.
An dieser Stelle habe Herr Kley recht, man dürfe die Diskussion nicht auf das Thema "Fäuste"
reduzieren. Ihr sei es wichtig gewesen, einen Vorschlag zu bekommen, wie der Riebeckplatz anders gestaltet werden könne als eine reine Verkehrslösung. Es müsse der Versuch unternommen werden, den Bahnhof an die Stadt anzubinden. Dem werde der Vorschlag gerecht. Dem Fußgänger werde ein sehr schönes Angebot gemacht, auch zu Fuß in die Stadt zu gehen. Zur Frage der Parkplätze müsse Herr Dr. Busmann noch einmal etwas sagen, da
seien die Lösungen noch nicht alle da. Mit der Bahn AG sei man in intensiver Diskussion, wie das gesamte Bahnhofsumfeld gestaltet werden könne, dabei werde das Thema Parkplätze eine große Rolle spielen.
Zur Finanzierung: Selbstverständlich werde eine solche Lösung teurer. Sie glaube aber, dass
es richtig sei, dass man hier mehr Geld ausgebe, als eben eine reine Verkehrslösung zu produzieren. Deshalb habe sie Gespräche mit dem Bauminister geführt, der bereit sei und eine Arbeitsgruppe mit der Stadtverwaltung eingesetzt habe. Diese prüfe im einzelnen, welche Fördermöglichkeiten bestehen. Sie gehe davon aus, dass ein wesentlicher Beitrag durch Fördermittel hier erreichbar sei. Deshalb solle heute dieser Grundsatzbeschluss gefasst werden, denn um vom Ministerium eine Erklärung zu erhalten, was gefördert werde, müsse erst eine Erklärung des Stadtrates Halle vorgelegt werden, dass diese Lösung vom Grundsatz her gewünscht wird.
Sobald ein Fortschritt im Konzept da sei, werde diese dem Stadtrat vorgelegt und auch die entsprechende Finanzierung dazu müsse genehmigt werden.

Herr **Dr. Busmann** ergänzte, die Parkplatzproblematik sei in der Tat jetzt nicht das ganz Wesentliche und sei im Einzelnen noch nicht so ausgearbeitet worden. Er informierte an Hand einer Karte über mögliche Varianten.

Herr **Lehmann,** CDU-Fraktion, äußerte, im Fachausschuss habe es eine umfangreiche Diskussion dazu gegeben, und es seien tatsächlich viele Fragen offen geblieben. Gerade aus dem Grund habe man dem Werben der Verwaltung nachgegeben und gesagt, man fasse einen Beschluss, der ergebnisoffen sei, d.h. man wolle einen Grundsatzbeschluss verabschieden, damit die Sache in die Gänge komme, damit Fördermittel eingeworben werden können.
Was den Zusatzantrag angehe – wie man das letztlich interpretiere, im Sinne des im Fachausschuss gestellten SPD-Antrages oder im Sinne eines "Schredderns" der "Fäuste" – das bleibe offen und könne bei Vorlage der entsprechenden Planungsphase und den dazugehörigen Kosten entschieden werden.

Frau **Schaffer,** PDS-Fraktion, schilderte aus persönlichem Erleben ihr Verhältnis zu Denkmalen. Man sollte ein Denkmal, ob es einem persönlich passe oder nicht, stehen lassen, um kommenden Generationen Gelegenheit zu geben, Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Herr **Heft,** PDS-Fraktion, stimmte der Meinung von Herrn Kley zu, dass die Diskussion zu diesem Vorhaben im Wesentlichen auf das Denkmal "Fäuste" reduziert werde. Offensichtlich fühlten sich einige Stadträte mit der Gestaltung des Platzes arg überfordert. Die Gestaltung dieses Platzes beinhalte noch viel mehr Probleme, die auch im Dezernat von Herrn Dr. Busmann bekannt seien. Er bat, nicht zu vergessen die sich auftuenden Rampen, Erhöhungen und Böschungen im westlichen, nordwestlichen, nördlichen Teil des

Platzes, die heute in ihrer Gestaltung noch nicht gelöst seien. Insofern sei der Zusatz im Beschluss, der
vom Fachausschuss eingebracht worden sei, wichtig und notwendig.
Darüber hinaus fehle ihm noch eine Antwort auf eine Frage im Fachausschuss. Im Punkt 6.3 werde auf Einsparpotentiale abgehoben, deren Basis allerdings in der Vorlage nicht erkennbar sei. Er bitte darum, dass im Protokoll zum Stadtrat zu diesem Tagesordnungspunkt die
Basis dieser Einsparpotentiale dargelegt werde. In der Vorlage werde nur Bezug genommen, dass sich 10% bis 15% einsparen lassen, allerdings nicht wovon.

Herr **Doege,** CDU-Fraktion, kam auf die "Fäuste" zurück. Er denke, wenn die Planungsvorstellungen diesen Bereich, auf dem die "Fäuste" stehen, überhaupt nicht tangiert
hätten, wäre das Thema kaum auf die Tagesordnung gekommen. Weil aber diese radikale Änderung sei, wo sich das auch stark auswirke auf den gegenwärtigen Standort und man die
skizzierte Vorstellung sehe, werde dort eigentlich mit den Vorschlägen nicht irgendwie das Denkmal erhalten, es werde ein neues gebaut. Es werde derartig in den Mittelpunkt gerückt und es entstehe ein Eindruck, als ob da ein völlig neues Monument sich aus dem Boden erhebe.
Ein anderer Punkt sei, es gehe ums Geld. Seine Fraktion habe bewusst für die "Fäuste" verwendungsoffen diese Änderung formuliert, im Planungsfortschritt sich darüber zu verständigen. Insofern verwundere ihn der Verweisungsantrag in den Kulturausschuss, dieser
Antrag hätte schon vor dem Änderungsantrag kommen müssen.

Frau **Wolff,** HAL-Fraktion, äußerte sich zur Verhältnismäßigkeit. Man habe einerseits die "Fahne", dann die Großstadtsiedlungen in Neustadt und Silberhöhe – sie denke, das sei Denkmal genug aus dieser Zeit des Arbeiter- und Bauernstaates.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, meinte, man taste sich immer mehr heran an die endgültige Gestaltung. Man habe Grundsatzbeschlüsse zur generellen Verkehrsführung am Riebeckplatz gefasst, und es mache wenig Sinn, immer wieder die gleichen Bedenken aufzuwerfen.
Zum Gesamtkonzept: Damit könne seine Fraktion mitgehen, dass versucht werde, das Eingangstor der Stadt Halle attraktiver zu machen. Ein paar Bedenken habe man - das habe Herr Heft bereits angesprochen -, dass dieser Tunnelcharakter vielleicht doch nicht in dem gewünschten Maße aufgehoben werden könne, wie man sich das vorstelle.

Zu den "Fäusten": Als dies das letzte Mal Gegenstand der Planung gewesen sei, sei es um die Verlängerung der Straßenbahnlinie von Neustadt bis zum Riebeckplatz gegangen. Dort seien die "Fäuste" schon in einem Nebensatz dem Abriss anheimgefallen, weil dort ein Radweg
entlang führen sollte. Diese Art und Weise habe man abgelehnt, so könne man nicht mit einer schwerwiegenden Entscheidung umgehen. Die Verwaltung habe sich durchgerungen, jetzt zu sagen, sie habe Alternativen geprüft und schlage es so und so vor. Von dieser Variante seien natürlich alle Stadträte ausgegangen. Wenn dann handstreichartig im

Planungsausschuss, vor einer Woche, ein Antrag komme – und das sei nicht ein Antrag, bei dem es um rechteckiges oder quadratisches Pflaster gehe -, sondern es sei, wie die Diskussion in der Öffentlichkeit zeige, eine schwerwiegende Entscheidung, dann sei er nicht bereit heute – nach nur einer Woche Diskussionszeit diese Problematik abschließend zu behandeln, zumal das Herausschieben der Problematik, der Entscheidung möglich sei. Der Planfeststellungsbeschluss werde überhaupt nicht tangiert bzw. könne herausgelöst werden. Man habe Zeit, der Kulturausschuss könnte sich auf jeden Fall damit befassen und man könnte sogar überlegen, diese Entscheidung im Zuge der Landtagswahl mit einem Bürgerentscheid zu treffen.
Es müsste ein Änderungsantrag gestellt werden, diese Frage heute zu vertagen und ansonsten das Konzept zu beschließen.

Herr **Bönisch** bat zu bedenken und das auch bei den nächsten Wortmeldungen mit einzubeziehen, aus seiner Sicht entscheide man heute über das Ensemble Riebeckplatz und nicht über diese oder jene Einzelheit. Ob es gehe, dass man einzelne Dinge herauslöse – dazu bitte er, auch sich zu äußern.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, äußerte sich zu diesen komischen Versuchen, dies in den Kulturausschuss zu verweisen. Man habe hier Anträge zu Vorlagen, die könne man ablehnen oder ihnen zustimmen. Man könne auch in der nächsten Stadtratstagung den Beschluss wieder
aufheben lassen mit einem neuen Antrag – das gehe alles. Aber es sei völlig ungewöhnlich, sich mit Verweisungen von Änderungsanträgen losmachen zu können. – Man habe es vorhin bei Herrn Klapperstück gemacht, weil dieser zugestimmt habe.
Er persönlich sei bei dieser ganzen Diskussion – auch, wie sie geführt werde - nachdenklich.
Er habe die Denkmalfrage seit 1994 im Stadtrat verfolgt, im wesentlichen sei es nur um zwei
Themen gegangen, den "Kleinen Trompeter", der eingelagert wurde und die "Fahne".
Er finde es unglücklich zu sagen, dass man alle Kulturdenkmale aus der DDR-Zeit in Frage stelle. Eine Diskussion, alle Denkmale der DDR-Vergangenheit in der Stadt Halle zu beseitigen, habe es nach seinen Wahrnehmungen nie gegeben. Man habe sogar den Göbel-Brunnen, der in der DDR entstanden sei, aufgestellt.
Er persönlich sei für einen Abriss der "Fäuste".

Herr **Prof. Kiel,** PDS-Fraktion, ging auf die von der Verwaltung vorgeschlagenen zwei Varianten ein. Nach einem Votum der Denkmalbehörde sei das heutige Papier entstanden. Ihn irritiere, dass in der vergangenen Woche der Planungsausschuss dazu beraten und ein Votum abgegeben habe, heute der Stadtrat tage, und innerhalb weniger Tage soll ein Entschluss zu einem Thema gefasst werden, das Menschen seit langem beschäftige und das nun in einem Hauruckverfahren entschieden werden soll. Der Gedanke, darüber im Kulturausschuss zu beraten, sei seiner Meinung nach insofern gerechtfertigt, weil da fachlich das entsprechende Gremium gegeben sei.

Herr **Godenrath,** CDU-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag: Abschluss der Rednerliste.

Herr **Bönisch** benannte die Rednerliste: Herr Dr. Bartsch, Frau Prof. Vent, Herr Sänger, Herr Lehmann, Herr Schmidt und Herr Dr. Busmann.

Zum Geschäftsordnungsantrag gab es keine Wortmeldungen.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag
Abschluss der Rednerliste: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Herr **Dr. Bartsch**, PDS-Fraktion, äußerte, es sei bekannt, dass es schon seit längerer Zeit eine öffentliche Diskussion über den Erhalt oder Abriss der "Fäuste" gebe. Es sei also ein politisches Problem, insbesondere ein kulturpolitisches. Ihn verwundere schon, dass der Fachausschuss, der Kulturausschuss zu dem Problem überhaupt nicht befragt worden sei. Er erwarte, dass diese Möglichkeit dem Kulturausschuss noch gegeben werde.
Wenn Halle eine Kulturstadt sein wolle, dann brauche diese Stadt auch eine solche Toleranz, auch in aller Widersprüchlichkeit mit Kultur und Kunst umzugehen. Der Erhalt der "Fäuste" sei für ihn ein solches Zeichen.

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, meinte, es sei ziemlich bedenklich, wenn man in Halle mit der Bahn ankomme, und das erste, worauf man stoße, ein derart monumentales Werk sei, was für ihr Empfinden jeder plastischen Qualität entbehre. Sie sei dafür, es abzureißen. Man könne darüber reden, sich anzuschauen, was aus DDR-Zeiten in Halle stehe und was Dinge seien, die man auf jeden Fall in der Zukunft erhalten wolle.

Herr **Sänger,** CDU-Fraktion, interpretierte den Änderungsantrag seiner Fraktion: Wenn man wünsche, dass die Ausführungsplanung und die Kostenentwicklung ständig im Stadtrat vorgelegt werden solle, könne man durchaus dann entscheiden, ob eingelagert oder abgebrochen werden soll.
Im Planungsausschuss sei keinesfalls nur das Thema "Fäuste" behandelt worden. Es sei von zwei Stadträten gefordert worden, das Modell vom Riebeckplatz in der nächsten Zeit im Rathaus auszustellen und der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich das genau anzusehen.
Ein weiterer Gedanke sei gewesen, dass im Bereich des künftigen Tunnels eine Vielzahl kleiner Shop's entstehen soll. Intensiv habe man sich auch zu dem Thema Stützen der Hochstraße verständigt.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, äußerte, in der Denkmalliste seien beide Kunstwerke, die "Fäuste" und das Relief, das inzwischen demontiert und eingelagert worden sei, als Einzeldenkmale ausgewiesen. Allerdings werde bei den "Fäusten" ein direkter Bezug zu dem Relief genommen, was im umgekehrten Verhältnis beim Relief zu den "Fäusten" nicht geschehe. Mit anderen Worten, als man das Relief demontiert habe, hätte man die "Fäuste"
mitnehmen müssen. Er wolle das Denkmal künstlerisch nicht bewerten, aber wenn es hier auch politisch betrachtet werde, so möchte er den Hinweis geben, dass es die Junge Union gewesen sei, die drei entscheidende Jahreszahlen bei den "Fäusten" nachgerüstet habe, die Jahreszahlen 1953, 1961 und 1989.

Herr **Schmidt,** SPD-Fraktion, meinte, geschichtspolitisch bedeute dieses Monument nicht nur
das, was damit einmal politisch beabsichtigt gewesen sei, sondern es sei der Stadteingang gewesen. Man habe jetzt die Möglichkeit Geschichtspolitik an diesem Stadteingang neu zu machen. In den Diskussionen der vergangenen Jahre über Straßennamen u.a. habe er

gelernt, dass man bei geschichtspolitischen Entscheidungen zwei Dinge versuchen sollte zu tun, erstens, einen breiten Konsens herzustellen und zweitens, die Karten in der Hand zu behalten.

Vor diesem Hintergrund möchte er für den CDU-Antrag im Sinne, nicht des Vernichtens dieses Bauwerks, sondern des Einlagerns und Aufhebens, werben, weil das ermögliche, geschichtspolitisch die Karten in der Hand zu behalten. Man werde irgendwann den Riebeckplatz mit Kunst versehen, möglicherweise auch mit einem politischen Denkmal. Er erinnere daran, dass ein Denkmal zur friedlichen Revolution 1989 in der Stadt noch ausstehe. Wenn man den Baukörper, nebst Relief noch habe, werde man die Möglichkeit haben, dieses Motiv, wenn gewünscht, wieder aufzugreifen. Wenn man sage, man wolle dieses Motiv nicht wieder aufgreifen, könne man die Betonblöcke, die die "Fäuste" dargestellt haben, immer noch wegwerfen.

Herr **Dr. Busmann** äußerte, positiv finde er, dass man sich offenbar, was die Grundzüge angehe, in dieser Sache ziemlich einig sei. Es bestehe jetzt nur die kleine Gefahr, dass man diese Grundhaltung verunklären könnte wegen des legitimen Streits um die "Fäuste". Seine Bitte sei, als ersten den Grundsatzbeschluss zu fassen und als zweites sich mit den "Fäusten"
auseinandersetzen. Für die Genehmigung eines Abriss eines Denkmals sei die Obere Denkmalbehörde zuständig. Die Stadt lege ihr Gewicht in die Waagschale, was die Obere Denkmalbehörde als sogenannter öffentlicher Belang zu beachten habe. Wenn man es beseitigen wolle, müsse man es gut begründen. Man könne beide Varianten begründen, es gebe Argumente für Pro und Kontra.

Frau **Krischok,** PDS-Fraktion, beantragte namens der Fraktion eine Auszeit.

Herr **Bönisch** schlug vor, eine Pause einzulegen.
Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

Herr **Bönisch** verlas einen **Ergänzungssantrag der PDS-Fraktion:**
Nach dem 1. Satz des Beschlusstextes solle eingefügt werden: Über den Punkt 3.4, Platz am LISA-Gebäude, entscheidet der Stadtrat abschließend erst nach Vorberatung im Kulturausschuss.

Herr **Bönisch** stellte den weitergehenden Antrag zuerst zur Abstimmung.

Abstimmung zum Änderungsantrag
der CDU-Fraktion: **bei 16 Nein-Stimmen**
(Vorlagen Nr. III/2001/01878 – **3 Enthaltungen**
Siehe Kursivtext im Beschluss)

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Herr **Bönisch** stellte den Änderungsantrag der PDS-Fraktion zur Abstimmung. Nach der jetzt geltenden Beschlusslage müsste im Kulturausschuss beraten werden, ob man das Denkmal erhalten, einlagern oder zerschreddern wolle. Insofern sei mit der Annahme des CDU-Antrages eine Vorentscheidung gefallen.

Herr **Dr. Köck** meinte, er sehe das anders. Man habe eigentlich nur die Beschlussvorlage der Verwaltung umgedreht. Der Antrag der PDS-Fraktion laute, auch diesen Beschluss – sprich abreißen – noch einmal im Kulturausschuss zu behandeln.

Herr **Bönisch** entgegnete, das könne der Kulturausschuss machen, das sei aber für die Katz.
Denn es müsste dann doch einmal ein Antrag für den Stadtrat daraus resultieren, und das sei
dem Ausschuss unbenommen.

Abstimmung zum Ergänzungsantrag der PDS-Fraktion: **bei 16 Ja-Stimmen**
30 ein-Stimmen
3 Enthaltungen

mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmung zur Vorlage einschl. Änderung: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01585 - Grundsatzbeschluss zur Gestaltung des Riebeckplatzes im Rahmen des Neubaus der Straßenbahnverbindung Halle-Neustadt/Halle-Hauptbahnhof, 2. Hauptabschnitt

---

Dem in der Anlage beigefügten Konzept zur Gestaltung des Riebeckplatzes im Rahmen des Neubaus der Straßenbahnverbindung Halle-Neustadt – Halle-Hauptbahnhof, 2.

Hauptab-schnitt, wird *unter der Maßgabe der Beseitigung des Fäuste-Monuments* **grundsätzlich zugestimmt.**
Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwurfsplanung sowie die konkretisierte Finanzierungsplanung zu gegebener Zeit den Ausschüssen und dem Stadtrat vorzulegen.

Zu TOP 09 - Gebietsreform

Vorlagen Nr. III/2001/01764

Herr **Weiland,** HAL-Fraktion, bat, die drei Beschlusspunkte einzeln abzustimmen.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, erklärte, ihre Fraktion werde dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zustimmen, weil man davon ausgehe, dass es sowieso zu den Aufgaben der Oberbürgermeisterin gehöre, mit den Gemeinden im Umland zu sprechen, um die Stadt Halle zu stärken. Man weise aber ausdrücklich daraufhin, dass sowohl die Begründung als auch die Grundposition der Stadt Halle nicht Gegenstand dieser Beschlussvorlage seien. Erstaunt sei man, unter Punkt 1.5 zu sehen, dass das die Position der Stadt schon im April 2001 gewesen sei und der Stadtrat wirklich sehr spät über diese Position der Stadt informiert worden sei, auch der zeitweilige Ausschusses, der dieses ganze Vorhaben begleitet soll, sehr spät ins Leben gerufen worden sei. Man werde dem Vorschlag zustimmen, bitte aber darum, dass eine intensive Begleitung durch den Ausschuss und den Stadtrat erfolgen möge. Man gehe davon aus, dass wenn aus diesem Beschluss und den Handlungen der Oberbürgermeisterin Konsequenzen für die Stadt entstehen, diese dann stadtratspflichtig seien.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, stellte folgenden **Ergänzungsantrag:**
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, mit Herrn Landrat Heuer Gespräche über die Einbeziehung des Landkreises Merseburg-Querfurt in einen Regionalkreis zu führen.
Die Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem potentiellen Partnern Saalkreis und Landkreis Merseburg-Querfurt die Eignung des Regionalkreismodells zu prüfen und Vorschläge für dessen mögliche Ausgestaltung unter den konkreten Bedingungen der Region Halle-Merseburg zu unterbreiten.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, meinte, eigentlich seien die Punkte 4 und 5 durch den Punkt 3 erledigt. Er frage sich nur, wenn Heuer Nein sage, was man dann bei Punkt 5 machen wolle. Um des lieben Friedens Willen könne man dem eigentlich zustimmen, denn

wenn man Punkt 3 beschließe, werde man mit Heuer sprechen. Wenn Heuer Nein sage, entfalle Punkt 5.
Da gebe es nichts mehr zu prüfen. So sehe das seine Fraktion.

Herr **Weiland** erklärte, seine Fraktion finde diesen Änderungsantrag außerordentlich problematisch. Es reiche nicht, wenn der Innenminister dem offen gegenüber stehe, sondern man brauche eine konkrete landesrechtliche Ausgestaltung des Rahmens. Er könne keinen Sinn darin erkennen, in dieser Frage des Regionalkreises irgendwelche Aktivitäten zu unternehmen, solange die grundlegenden Sachen nicht geklärt seien. Seine Fraktion werde diesen Antrag ablehnen.

Herr **Doege,** CDU-Fraktion, äußerte, er sehe auch Probleme. Die Öffnung eines Regionalkreises könne dann ungeahnte Formen annehmen. Man wisse nur, dass sich Hannover und sein Umfeld sehr lange sehr schwer getan haben, in dieser Angelegenheit zu einem Ende zu kommen. Die Bildung eines Regionalkreises sei eine Option, mehr nicht, diese auszufüllen bedürfe es eines Willens dazu beim Gesetzgeber. Und diesen könne er derzeit nicht so deutlich erkennen. So, wie die Formulierung in Punkt 3 sei, sei es für diese Frage
angemessen.

Herr **Kley,** F.D.P.-Fraktion, erklärte, seine Fraktion sei schon immer Verfechter des Redens mit den Gemeinden, des freiwilligen Zusammenschlusses. Er glaube, der Landtag habe in seinem dritten Vorschaltgesetz ein deutliches Prä dafür gegeben, indem er die Bedingungen für das Überleben der einzelnen Gemeinden in der Verbandsgemeide so kompliziert gestaltet habe, dass man eigentlich nur noch ernsthaft über das Überleben als Ortschaft in einer Einheitsgemeinde nachdenken könne. Ob das jetzt Absicht gewesen sei, möge bezweifelt werden, aber Unterstützung habe es doch aus dieser Richtung gegeben. Dieses Gesetz sei es auch, das deutlich daran zweifeln lasse, dass eine Aufforderung an den Landtag zur Schaffung des Regionalkreises überhaupt sinnvoll wäre. Der Landtag habe sich nicht zu einer Eigenfinanzierung der Verbandsgemeinde bekannt, obwohl er ihr Aufgaben übertragen habe.
Ähnliches sei auch hier mit diesem Regionalkreis zu erwarten.
Seine Fraktion begrüße, dass die Oberbürgermeisterin mit den Umlandgemeinden rede, finde es auch sinnvoll, dass vielleicht aus dem Bereich Planung oder Wirtschaftsförderung dazu eine
Untermauerung erfolge, rate aber von der Diskussion, dass man aus diesen Gemeinden Geld bekomme. Das sei eine große Illusion, man könne es nur raumordnerisch, planerisch, wirtschaftspolitisch sehen in der Gesamtentwicklung. Dazu passe aber nicht, mit dem Regionalkreis das Ganze offen zu halten. Seine Fraktion lehne das ab.

Herr **Dr. Köck** bemerkte, wenn es immer so wäre, dass man erst warten müsse, bis der Gesetzgeber etwas tue, dann habe man Stillstand. Hier sei durchaus Bewegung von unten gefragt. Man suche als Betroffene nach Lösungen, die auch neu sein können. Und wenn sie neu seien, könne es eben noch kein Gesetz geben, in dem das stehe. Dann müsse man eine Gesetzesinitiative anschieben.

Herr **Stemme**, MBL-Fraktion, äußerte, er verheimliche nicht, dass ihm der Regionalkreis einschließlich Merseburg etwas sei, über das er sehr gern weiterdenke. Vielleicht habe die

Diskussion in Halle um diesen Regionalkreis den Minister dazu geführt, weiter nachzudenken?
Vielleicht sei das der Ansatz, um die landesrechtlichen Regelungen zu finden? Man könne aus der Bemerkung des Ministers, neben dem Punkt 1 und 2, den Gedanken 3, der ja hier nur Alibifunktion hatte, vielleicht tatsächlich ernsthafter verfolgen.
Er halte den Vorschlag für durchaus richtig, die Oberbürgermeisterin zu beauftragen, auch gezielt mit diesen Kreisen, die in einen Regionalkreis gehen könnten, Gespräche zu führen.

Herr **Prof. Schuh** erklärte, die SPD-Fraktion werde immer für notwendige Eingemeindungen, so sie denn sachlich geboten seien, eintreten, auch wenn sie nicht auf freiwilliger Basis geschehe. Dennoch und darüber hinaus sollte der Punkt 3 gelten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** führte aus, freiwillige Eingemeindungen, wo es gehe, sollten sein. Dazu führe sie Gespräche. Die nächste Frage sei, was außerdem passiere. Außerdem könne man auch über diesen Regionalkreis sprechen, und sie halte diese Diskussion für eine interessante Diskussion in die Zukunft.
An Herrn Dr. Köck gewandt, meinte sie, aus dessen Kenntnis der Verwaltung heraus, erwarte sie, dass er auch, wenn er die Zeitschiene, die für Entscheidungen zur Verfügung stehe, betrachte, erkenne, dass es völlig illusorisch sei, dieses Regionalkreismodell in eine pratikable Variante zu bringen. Es seien so viele Dinge betroffen, und man wisse auch, dass es in Hannover eine über zehnjährige Diskussion gegeben habe mit dem Willen, aus diesen Kostenschwierigkeiten für die Stadt Hannover herauszukommen. Man habe vorher einen Planungsverband gehabt, der lange Jahre gearbeitet habe. Aus diesem Planungsverband sei dann natürlicherweise der Regionalkreis Hannover entstanden.
Man habe diese Zeit nicht. Wenn sie jetzt aufgefordert werde, mit Herrn Heuer zu sprechen,
so werde das Ergebnis so sein, wie es hier schon beschrieben worden sei.

Um eine wirklich interessante wirtschaftliche Entwicklung von Halle aus zu gestalten, gehöre sehr viel mehr dazu als diese zwei Gemeinden (Korbetha und Schkopau), das habe die Presse am Ende daraus gemacht. Sie sei der Auffassung, man müsse sich wirklich ansehen, welche Gewerbegebiete in Frage kommen– und da denke sie auch an die Gewerbegebiet im Osten der Stadt, entlang der B 6 nach Leipzig zum Flughafen hin – dass man dort Möglichkeiten bekomme, mit zuständig zu sein für diese Entwicklung. Die kleinen Gemeinden hätten es
die vergangenen zehn Jahre nicht geschafft, diese Gebiete zu entwickeln.
Vom Grundsatz her, denke sie, sei es richtig, wenn der Beschluss so gefasst werde. Es sei auch nicht schädlich, dem Zusatzantrag der PDS-Fraktion zuzustimmen, weil man es ja sowieso mache. Eine Arbeitsgruppe könne man nur einsetzen, wenn der Landrat überhaupt einem Gespräch gegenüber offen sei. Eine Arbeitsgruppe mit Herrn Bichoel bestehe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Ergänzungsantrag der PDS-Fraktion: mehrheitlich a b g e l e h n t

Herr **Bönisch** fragte, ob es Widerspruch zur geforderten Einzelabstimmung der Punkte gebe.
Es wurde kein Widerspruch angemeldet.

Abstimmung zu Punkt 1 des Beschlusstextes: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmung zu Punkt 2 des Beschlusstextes: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmung zu Punkt 3 des Beschlusstextes: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01764 - Gebietsreform

---

1. **Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) strebt grundsätzlich die Eingemeindung von Umlandgemeinden in der Stadt Halle (Saale) auf freiwilliger Basis an.**

2. **Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, mit den Umlandgemeinden Gespräche mit dem Ziel zu führen, eine Eingemeindung auf freiwilliger Basis vorzubereiten.**

3. **Der Stadtrat steht grundsätzlich der Idee der Bildung eines Regionalkreises unter Einbeziehung der Stadt Halle (Saale) offen gegenüber.**

Zu TOP 10 - Auswertung der Stadtteilkonferenzen

Vorlagen Nr. III/2001/01823

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, regte an, in Einzelfällen noch einmal zu prüfen, ob die Zusammensetzung der Stadtteile in jedem Falle immer glücklich sei. In den meisten Fällen sei es o.k., aber bei der letzten Stadtteilkonferenz habe man doch festgestellt, dass die Probleme
um den Steg herum andere seien, als z.B. im Mühlwegviertel.
Es sei die Absicht bekundet worden, künftig mehr in Richtung Stadtteilentwicklung die Diskussion zu lenken, da könne er auch mitgehen, aber man sollte immer den Bürgerinnen und Bürgern das Recht einräumen, über das zu reden, was sie als wichtig ansehen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, Herr Prof. Kiel habe Recht, die Zuschnitte der Stadtteile seien überhaupt nicht optimal. Als man mit der Diskussion begonnen habe, seien die Stadtteile so empfohlen worden, wie sie historisch gewachsen seien, aber da sei man auf 40 Stadtteile gekommen. Und man hätte fast vier Jahre gebraucht, um einmal um die Stadt
zu gehen. Doch man müsse es schaffen, einmal im Jahr zur Stelle zu sein, und so habe man willkürlich 11 Stadtteile daraus gemacht, und sie befürchte, dass man auch bei nochmaliger Prüfung keine besondere Optimierung hin bekomme.
Was die Themen angehe, so sei sie manchmal nicht sehr glücklich, dass man sich ganze Zeit
über die Sauberkeit der Straßen, die Haltestellen der HAVAG oder über Parkplätze unterhalte.
An sich sei es schon Anliegen, bei diesen Stadtteilkonferenzen auch kundzutun, was für dieses Gebiet geplant sei, und sie habe gehofft, dass die Leute auch ein bisschen darauf eingehen.
Aber sie denke, es werden sich alle in dieser Diskussion qualifizieren, und vielleicht habe man in der nächsten Runde schon eine fachgerechtere Diskussion. Aber in der Sache habe Herr Prof. Kiel Recht, es solle eine Gelegenheit für den Bürger sein sich zu äußern gegenüber der
Stadtverwaltung und da müsse man es hinnehmen, dass das Niveau mal so oder mal so sei.

Herr **Bönisch** bat, bei der Terminplanung für die nächsten Stadtteilkonferenzen zu berücksichtigen, dass bestehende Termine von Ausschusssitzungen mit ins Kalkül gezogen werden

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Vorlage Nr. III/2001/01823 - Auswertung der Stadtteilkonferenzen

---

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt den Bericht über die durchgeführten Stadtteilkonferenzen für das 1. Halbjahr 2001 zur Kenntnis.

W i e d e r v o r l a g e von Anträgen

Zu TOP 11 - Antrag der HAL-Fraktion - zur Festsetzung barrierefreien Bauens in Bebauungsplänen und Bauausführungsplänen

Vorlagen-Nr.: III/2001/01550

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, meinte, in den Ausschüssen, die sich mit diesem Antrag befasst haben, habe sie zu hören bekommen, dass man das nicht über einen Antrag regeln müsse, weil Barrierefreiheit in verschiedenen Bauvorschriften vorgeschrieben sei und es eigentlich keine Probleme geben könnte. Es sei gesagt, worden so etwas könne man gar nicht aufnehmen und ihr Hinweis, dass man es über örtliche Bauvorschriften regeln konnte, sei regelmäßig unter den Tisch gefallen. In der gleichen Zeit, in der dieser Antrag beraten worden sei, sei der Neubau Hochschule für Kirchenmusik im Händelkarree fertig geworden. Dort gebe es eine Bibliothek, die nur über Stufen zu erreichen sei und damit für Rollstuhlfahrer nicht befahrbar. Als behindertengerecht werde offenbar empfunden, sei die Tatsache, dass Behinderte mit dem Fahrstuhl eine Etage über die Bibliothek fahren müssen, einen Flur entlang rollen, dann mit dem Lastenaufzug wieder hinunterfahren müssen, um durch eine Hintertür
in die Bibliothek zu gelangen.
Sie bitte um Zustimmung zum Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: bei 21 Ja-Stimmen
23 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

Zu TOP 12 - Antrag der Stadträtin Sabine Wolff, HAL - zum Laternenfest:

Einführung von Plaketten zu einem Verkaufspreis von 2,00 DM

Vorlagen-Nr.: III/2001/01551

Frau **Wolff,** HAL-Fraktion, informierte, dass Finanzausschuss und Hauptausschuss dem Antrag zugestimmt haben und die Verwaltung auf einen Herstellungspreis von 0,35 DM gekommen sei. Sie bat um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01551 - Antrag der Stadträtin Sabine Wolff, HAL - zum Laternenfest:

Einführung von Plaketten zu einem Verkaufspreis von 1 Euro

Der Stadtrat beschließt, die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, den Verkauf von Plaketten zum Laternenfest zu realisieren.

Zu TOP 13 - Antrag des Stadtrates Geuther, CDU - zur Gestaltung von Bushaltestellen

Vorlagen-Nr.: III/2001/01625

Herr **Geuther,** CDU-Fraktion, bat um Zustimmung zum Antrag. Es könne nicht falsch sein, wenn bei Planungen entsprechende Abwägungen vorgenommen werden, zumal es keine bindenden Vorschriften gebe.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, meinte, im Fachausschuss sei die Angelegenheit ausführlich diskutiert worden und die ablehnende Haltung der Verwaltung sei ordentlich begründet worden.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion schließe sich der Stellungnahme der Verwaltung an und werde den Antrag ablehnen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: bei 21 Ja-Stimmen
26 Nein-Stimmen

mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

Zu Anträgen von Fraktionen und Stadträten

Zu TOP 14 - Antrag der SPD-Fraktion - zum vorläufigen Erhalt der Messehallen auf der Peißnitz

Vorlagen-Nr.: III/2001/01797

Herr **Schmidt,** SPD-Fraktion, begründete den Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01797 - Antrag der SPD-Fraktion - zum vorläufigen Erhalt der Messehallen auf der Peißnitz

---

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Weiternutzung der Messehallen auf der Peißnitz für Indoor-Skating und andere Zwecke über das Jahr 2002 hinaus bis zu ihrem endgültigen Abriss möglich ist.

Zu TOP 15 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2001/01798

Herr **Heft,** PDS-Fraktion, begründete den Antrag. Was erreicht werden soll, sei nicht ein Aufhalten der Verfahren, sondern ein Fortführen.

Herr **Godenrath,** CDU-Fraktion, erklärte, seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen, denn alles sei schon geregelt. Er zitierte aus der Gemeindeordnung.

Herr **Heft** wies darauf hin, dass es gängige Praxis in der Vergangenheit gewesen sei, zwar die
Einladung für eine Sitzung erhalten zu haben, Vorlagen jedoch später zugesandt worden seien, in Extremfällen 12 Stunden vor der Sitzung. In diesen Fällen sei man nicht mehr in der Lage, inhaltlich tiefgründig über das Problem zu beraten und hier einen Beschluss zu fassen.
Vollkommen ausgenommen hiervon seien Dringlichkeitsvorlagen.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, erklärte, er sehe keinen Handlungsbedarf. Das Verfahren sei gesetzlich geregelt. Der Antrag sei unnötig.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, meinte, er halte den Antrag für schädlich. Es sei alles geregelt. Es könne aber damit auch der Fall eintreten, dass eine Vorlage als Information
übergeben und plötzlich festgestellt werde, auch darüber abstimmen zu wollen. Dann werde beschlossen, ob man darüber abstimmen wolle oder nicht und derjenige, der nicht das
Recht habe, wieder zu sprechen, dessen Recht werde gebeugt, weil die Vorlage auf der Tagesordnung stehe. Das sei ihm schon einmal so passiert. Hier werde eine Hintertür aufgemacht, um eine Vorlage noch auf die Tagesordnung zu bringen und abschließend zu behandeln. Er sei konsequent dagegen.

Frau **Wolff,** HAL-Fraktion, meinte, das eben habe sie nicht verstanden. Ihre Fraktion habe den

Antrag eher umgekehrt verstanden. Nachdem Herr Godenrath aufgeklärt habe, daß alles schon festgeschrieben sei, müsse man dem nicht noch zusätzlich zustimmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

Zu TOP 16 - Antrag der SPD-Fraktion - zur Verbesserung des Umfeldes am August-Bebel-Denkmal

Vorlagen-Nr.: III/2001/01799

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, erklärte, man habe sich von den in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Maßnahmen überzeugt. Es hätten Grünschnitt- und diverse andere Aufräumarbeiten in der Nähe dieses Denkmals stattgefunden. Er danke dem Dezernat von Herrn Heinrich. Die SPD-Fraktion erkläre den Antrag für erledigt.

Die einreichende Fraktion erklärte den Antrag für e r l e d i gt.

Zu TOP 17 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2001/01800

Herr **Doege,** CDU-Fraktion, äußerte für die Fraktion die Bitte, aus dem Wort "sind" sollte "soll" gemacht werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, die Verwaltung schließe sich der Intention des Antrages an, sie stelle jedoch den Änderungsantrag, es auf die *dritte* Sitzung zu verändern,
denn sonst funktioniere das nicht.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, meinte, durch Antrag seiner Fraktion sei festgelegt worden, dass verwiesene Anträge zwingend wieder in den Stadtrat müssen. Es sei jedoch vergessen worden, dies in die Geschäftsordnung zu schreiben. Er schlage folgende Formulierung vor:
...*unmittelbar nach den abschließenden Beratungen in den Fachausschüssen*...

Herr **Heft,** PDS-Fraktion, brachte zum Ausdruck, nach der Diskussion erkenne er, dass offensichtlich von Seiten des Stadtrates eine gewisse Arbeitsdisziplin mit den eigenen Anträgen nicht gewollt sei.
Den Änderungsvorschlag der Oberbürgermeisterin könne er nachvollziehen und seine Fraktion würde ihn übernehmen.
Er nannte als Extrembeispiel den Antrag von Herrn Dr. Klapperstück und ihm, der neun Monate im Fachausschuss verblieben sei, bevor er wieder in den Stadtrat gekommen sei.

Auf die Bitte von Herrn Doege eingehend, sagte er, dass dadurch wieder das passiere, was gegenwärtig Praxis sein, nämlich Schlamperei im Umgang mit den Anträgen.
Durch das Wort "sind" würden die Ausschüsse selbst als auch die zuständigen Ämter zu einer etwas strafferen Arbeitsweise gezwungen.
Um die Diskussion inhaltlich weiter zu führen, verweise er den Antrag namens seiner Fraktion in den Hauptausschuss.

Frau **Wolff,** HAL-Fraktion, erklärte, ihre Fraktion hätte den Änderungsantrag, "*bis spätestens"* einzufügen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungantrag der PDS-Fraktion in den

- **H a u p t a u s s c h u s s**

v e r w i e s e n.

Zu TOP 18 - Antrag des Stadtrates Werner Misch, CDU - betreffend den Bargeldlosen Zahlungsverkehr durch Bürgerinnen und Bürger in der Stadtverwaltung

Vorlagen-Nr.: III/2001/01801

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, fügte der Begründung seines Antrages hinzu, dass es bereits in der Gemeindekassenverordnung (veröffentlicht 1991) in § 13 heiße: Der Zahlungsverkehr ist nach Möglichkeit unbar abzuwickeln. Er bedanke sich für die Stellungnahme der Verwaltung.
Um die Prüfung der Verwaltung leichter zu gestalten, habe er von der Sparkasse technische Möglichkeiten der Realisierung abgefordert. (*Er übergab diese Unterlagen.)*

Herr **Koch,** Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, regte an, das weitere Verfahren im Finanzausschuss zu regeln.
Dem stimmte der Antragsteller zu.

Frau **Schaffer,** PDS-Fraktion, äußerte Bedenken dem Antrag gegenüber.
Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01801 - Antrag des Stadtrates Werner Misch, CDU - betreffend den bargeldlosen Zahlungsverkehr durch Bürgerinnen und Bürger in der Stadtverwaltung

---

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit innerhalb der Stadtverwaltung die Möglichkeiten geschaffen werden können, damit Bürger in städtischen Ämtern (z.B. Einwohneramt, Kfz-Zulassungsstelle u. dgl.) Geldzahlungen bargeldlos mittels EC-Karte ausführen können.
Die finanziellen Auswirkungen bei Einführung einer solchen Möglichkeit sind darzustellen.
Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung vorzulegen.

Zu TOP 19 - Antrag der PDS-Fraktion - zu Untersuchungen für einen neuen Saaleübergang

Vorlagen-Nr.: III/2001/01802

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, begründete den Antrag und verwies ihn namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, aus der Stellungnahme der Verwaltung gehe eindeutig hervor, dass genau das getan werde, dass nämlich beide Varianten untersucht werden.

Herr **Heft** erwiderte, man habe das gelesen; allerdings ließen die Dokumente bzw. Informationen, die seine Fraktion kenne, nur die Schlussfolgerung zu, dass momentan ein zentrumsnaher Übergang favorisiert und untersucht werde.
Mit dem Antrag solle untermauert werden, dass tatsächlich alle untersuchten Varianten gleichberechtigt dem Ausschuss vorgelegt werden und nicht eine bereits vorfavorisierte Variante.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion stimme mit der Verwaltung darin überein, dass der Antrag an sich erledigt sei. Er wies auf ein missverständliche Äußerungen des Planungsdezernenten im Fachausschuss hin, die jedoch im Protokoll der Ausschusssitzung
korrigiert worden sei.

Herr **Lehmann,** CDU-Fraktion, äußerte, die CDU-Fraktion schließe sich ebenfalls der Meinung an und betrachte den Antrag als erledigt.

Herr **Weiland,** HAL-Fraktion, äußerte, er lege Wert darauf, so wie es in der Stellungnahme vermerkt sei, dass auch die Nullvariante untersucht werde. Insofern verstehe er den Antrag nicht; er habe sich seiner Meinung nach erledigt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der PDS-Fraktion in den

- **Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten**

v e r w i e s e n.

Zu TOP 20 - Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die Dienstleistungs-/Konzessionsverträge mit der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) und deren Tochterunternehmen

Vorlagen-Nr.: III/2001/01806

Herr **Doege,** CDU-Fraktion, erklärte, die Ziffer 1 solle aus dem Antrag gestrichen werden. Der Antrag bestehe nur noch aus dem Text von Ziffer 2.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, das Rechtsamt weise darauf hin, wenn Ziffer 1 entfalle, gelte das für alle möglichen Verträge. Die Formulierung "Stadtwerke" müsste wenigstens übernommen werden.

Herr **Koch,** Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, wies darauf hin, dass die Aussage bezüglich der Straßenbeleuchtung variiert werden müsse.

Herr **Bönisch** bat um eine schriftliche Formulierung des neuen Antragstextes und setzte die weitere Diskussion des Antrages bis dahin aus.
(Es wurde nach Behandlung von TOP 21 dazu wie folgt fortgefahren.)

Herr **Bönisch** verlas den neuen Antragstext: **Die Oberbürgermeisterin veranlasst, dass künftig über die Fortsetzung der Vertragsdauer bei allen Verträgen mit Verlängerungsoptionen zwischen der Stadt Halle (Saale) und der SWH sowie deren Tochterunternehmen, an denen die SWH mehrheitlich beteiligt ist, unaufgefordert Vorlagen in den Stadtrat so rechtzeitig eingebracht werden, dass dieser einen ausreichenden Zeitraum für eine sachgerechte Beratung und Entscheidung über die Fortsetzung/Kündigung des jeweiligen Vertragsverhältnisses zur Verfügung hat.**

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** wies darauf hin, dass nunmehr anstelle Konzessionsverträgen formuliert worden sei: alle Verträge.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Hauptausschuss.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den

- **Hauptausschuss**

v e r w i e s e n.

Bei der Beratung ist der neue Text des Antrages zu berücksichtigen:

Zu TOP 21 - Gemeinschaftsantrag der Stadträte Gerlach, MBL, Kautz, CDU, Dr. Klapperstück, SPD, Müller, PDS - Befristeter Erlass der Sondernutzungsgebühr für die "Kneipenmeile Sternstraße"

Vorlagen-Nr.: III/2001/01814

Frau **Gerlach,** MBL-Fraktion, bemerkte, wie notwendig dieser Antrag gewesen sei, beweise die Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung habe sich bewegt und die bereits erlassenen Gebührenbescheide storniert und neu ausgefertigt. Dies sei mehr als überfällig gewesen.
Sie bat die Verwaltung, falls wider Erwarten zum Ende des Jahres noch Geld für den Straßenbau vorhanden sein sollte, an die Sternstraße zu denken.

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, fragte, ob das Problem nur in der Sternstraße oder in der gesamte Kneipenmeile existiere.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, meinte, aus der Stellungnahme der Verwaltung sei erkennbar geworden, dass der Inhalt dieses Antrages keine Rechtsgrundlage habe.
Er freue sich, dass auf die Verwaltungsvorschrift Bezug genommen werde und die Stellungnahme sei so geschrieben, dass sie nicht nur für die Sternstraße gelten könne, sondern tatsächlich für alle gastronomischen Einrichtungen der Stadt, die sich nach außen hin bewegen.
Der Antrag habe sich mit der Handlungsweise der Verwaltung erübrigt.

Der Antrag wurde durch die Einreicher als e r l e d i g t erklärt.

Zu TOP 22 - Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die straßenrechtliche Aufstufung der vorhandenen Landesstraße L 159 (Salzmünder Straße) zur möglichen Bundesstraße B 242

Vorlagen-Nr.: III/2001/01815

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung, zu der es im Nachhinein unterschiedliche Auffassungen in den verschiedenen Dezernaten gebe. Sie bitte, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Frau **Wolff,** HAL-Fraktion, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der HAL-Fraktion in den

- **Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten**

v e r w i e s e n.

Zu TOP 23 - Antrag des Stadtrates Dr. Michael Klapperstück, SPD –

Betreffs Verwendung der Fraktur in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01820

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** schlug vor, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen, da noch Diskussionsbedarf bestehe. Sie korrigierte nach kurzer Debatte die Verweisung: nicht Hauptausschuss, sondern Kulturausschuss.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den

- **K u l t u r a u s s c h u s s**

v e r w i e s e n.

Im weiteren Verlauf der Stadtratstagung wurde Frau Oberbürgermeisterin Häußler durch

Frau Bürgermeisterin S z a b a d o s vertreten

Zu TOP 24 - Antrag der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM – zum Personalentwicklungsplan

Vorlagen Nr. III/2001/01821

Frau **Wolff,** HAL-Fraktion, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Hauptausschuss. Die Stellungnahme der Verwaltung sei nicht zufriedenstellend.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, ging auf den Text des Antrages ein. Der Stadtrat könne kein
Personalentwicklungskonzept zur Verfügung stellen. Wenn der Text nicht geändert werde, könne man das so nicht tragen.

Frau **Tannenberg,** PDS-Fraktion, äußerte die Bitte, bei Beratung im Hauptausschuss auch einen früheren Antrag der PDS-Fraktion zu diesem Thema zu berücksichtigen, der noch etwas
weiter gegangen sei, nämlich einen Frauenförderplan aufzustellen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der HAL-Fraktion in den

- **H a u p t a u s s c h u s s**

v e r w i e s e n.

Zu TOP 25 - Antrag der Stadträtin Sabine Wolff, HAL - Neues Forum – zur

Verwaltungsreform

Vorlagen Nr. III/2001/01822

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, ging auf Punkt 3 des Antrages ein und fragte, wie das angesichts der Haushaltslage noch in diesem Jahr erfolgen solle.

Frau **Wolff,** HAL-Fraktion, äußerte, sie habe den Antrag gestellt mit dem Hintergedanken, dass dieses Geld eingestellt sei. Erst später habe der Finanzausschuss getagt und es sei festgelegt worden, dass das Geld für diese Veranstaltung gestrichen werde. Deshalb gebe sie sich erst einmal mit der Stellungnahme der Verwaltung zufrieden, dieses Fortbildungsseminar erst im nächsten Jahr durchzuführen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** verwies auf den Verwaltungsvorschlag. Die Zeitschiene, die Frau Wolff vorgeschlagen habe, sei schwierig einzuhalten. Sie bat, sich dem Vorschlag der Verwaltung anzuschließen.

Frau **Wolff** stimmte dem zu.

Herr **Heft,** PDS-Fraktion, bat zu beachten, wenn der Antrag angenommen werde, dass die Weiterbildungsmaßnahme für die Stadträte auf eine arbeitnehmerfreundliche Zeit zu legen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag in modifizierter Form: mehrheitlich z u g e s t i m m t
(Verwaltungsvorschlag)

Beschluss Nr. III/2001/01822 - Antrag der Stadträtin Sabine Wolff, HAL - Neues Forum – zur

Verwaltungsreform

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Oberbürgermeisterin berichtet dem Stadtrat über den *Stand* **der Verwaltungsreform in den einzelnen Fachämtern** *im April 2002.*

2. Der Bericht über den Stand der Verwaltungsreform beinhaltet den Vergleich mit anderen

Städten im Zusammenhang mit der Umsetzung dieser Reform.

3. *Fortbildungsseminare zum Neuen Steuerungsmodell für die Stadträte werden im Ergebnis*

*des Berichts vereinbart***.**

Zu TOP 26 - Antrag der HAL-Fraktion – zur Umsetzung der Vorgartensatzung

Vorlagen Nr. III/2001/01824

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, begründete den Antrag. Die Stellungnahme der Stadtverwaltung sei recht positiv. Sie weise aber darauf hin, dass es nicht um die Grundstücke gehe, wo die Bauherren am Vorgarten nichts verändern wollen, sondern um die, wo etwas
saniert sei und sie eigentlich verpflichtet seien, den Zaun so wieder herzurichten.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** fragte, ob sich der Antrag nicht erledigt habe. Die Verwaltung habe in der Stellungnahme zum Ausdruck gebracht, dass in dem Sinne gehandelt werde.

Frau **Dr. Haerting** erwiderte, für den Fall, dass Klarheit darüber bestehe, dass es besonders um die sanierten Häuser gehe, bei denen möglicherweise etwas an der Einfriedung verändert werde oder eine ursprünglich vorhandene nicht wieder aufgebaut werde, würde sie den Antrag als erledigt betrachten. Aber sie werde immer nachfragen.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erklärte, man müsse die zustimmende Haltung der Verwaltung nur in dem Rahmen, den er formuliert habe, sehen. Man könne nicht in einer Erhaltungssatzung die Leute im Sinne eines Baugebotes, eines Restaurierungsgebotes zwingen, einen Zaun so zu gestalten, wie er früher einmal gewesen sei.

Frau **Dr. Haerting** verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Herr **Lehmann,** CDU-Fraktion, meinte, der Antrag sei erledigt. Es gäbe eine Satzung; rückwirkend auf Fälle vor Beschluss dieser Satzung könne sie nicht greifen.

Man sollte sich bei Anträgen auch ein bisschen selbst bescheiden, ob es wirklich notwendig sei, sich mit Anträgen, die im Grunde genommen von der Rechtslage her erledigt seien, dermaßen Arbeit zu beschaffen,

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der HAL-Fraktion in den

- **Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten**

v e r w i e s e n.

Zu TOP 27 - Antrag der Stadträte Sabine Wolff, HAL-Neues Forum und Peter Jeschke, HAL-Neues Forum – zu Fahrradabstellanlagen und Schließfächern

Vorlagen Nr. III/2001/01827

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, erläuterte das Anliegen des Antrages.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, meinte, eine Prüfung des Problems sollte stattfinden. Dem könne seine Fraktion zustimmen.

Herr **Bressel,** MBL-Fraktion, erklärte, der Antrag sei ein gutes Beispiel dafür, wo auf die Schnelle wieder ein paar Tausend Mark ausgegeben werden sollen. Deshalb werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, stellte fest, dass sich im Prinzip der Prüfauftrag erledigt habe, da die Verwaltung eigentlich schon alles abgeprüft habe.

Frau **Wolff** verwies den Antrag namens der Fraktion in den Sportausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der HAL-Fraktion in den

- **S p o r t a u s s c h u s s**

v e r w i e s e n.

Zu TOP 28 - Antrag von Stadträten der HAL-Fraktion – zur Einbeziehung vorhandener Gehölze im Sinne der Baumschutzsatzung in architektonische Planungsvorhaben der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen Nr. III/2001/01828

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, äußerte, in letzter Zeit habe es häufig Diskussionen um die Recht- oder Unrechtmäßigkeit von Fällungen von Bäumen gegeben. Das sei im Stadtrat nicht so richtig thematisiert worden. Die Diskussion habe gezeigt, dass zum Schutz von Bäumen, gerade auch in der Innenstadt, einiges getan werde müsse. Darauf ziele der Antrag ab.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erklärte, vom Grundsatz her stimme die Verwaltung dem Anliegen zu, empfehle die Annahme des Antrages.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, meinte, auch hier solle man über etwas abstimmen, was im Grunde genommen vorhanden sei. Es gäbe eine Baumschutzsatzung und es gäbe auch ein Selbstverständnis in der Verwaltung, bei Planungen vorhandene Bäume nach Möglichkeit mit einzubeziehen.
Er stellte den **Geschäftsordnungsantrag,** diesen Antrag als erledigt anzusehen.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion schließe sich diesem Geschäftsordnungsantrag an.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Der Antrag wurde durch nach Abstimmung durch den Stadtrat mehrheitlich als e r l e d i g t erklärt.

Zu TOP 28 A - Antrag der HAL-Fraktion – zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Innenausschuss

Vorlagen Nr. III/2001/01845

Herr **Bönisch** erläuterte, in der vorangegangenen Stadtratstagung seien per Beschluss zwei Sachkundige Einwohner der SPD-Fraktion benannt worden. Dies müsse geändert werden. Es müsse per Beschluss festgestellt werden, dass Herr Klaus Hüsing als sachkundiger Einwohner aus dem Innenausschuss ausscheidet und dafür Herr Andre Scherer nachrücke.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, wies darauf hin, dass jedoch zum Ausdruck kommen müsse, dass Herr Scherer ein Vertreter der HAL-Fraktion sei.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01845 - Antrag der HAL-Fraktion – zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Innenausschuss

---

Herr Klaus H ü s i n g scheidet als sachkundiger Einwohner für die SPD-Fraktion aus dem Innenausschuss aus.
Herr André S c h e r e r wird als sachkundiger Einwohner für die HAL-Fraktion in den Innenausschuss des Stadtrates Halle (Saale) berufen.

Zu Anfragen von Stadträten

Zuerst werden alle Anfragen der Stadträte sowie die Antworten der Verwaltung wiedergegeben. Danach erfolgt die Niederschrift zur Diskussion während der Tagung.

Zu TOP 29 - Anfrage des Stadtrates Ingo Kautz, CDU - zu den Kosten für

die Umbenennung des Ordnungsamtes

Vorlagen-Nr.: III/2001/01677

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 30 - Anfrage der SPD-Fraktion - zur Verbesserung der Beschallung für die Sitzungen des Stadtrates im Stadthaus

Vorlagen-Nr.: III/2001/01794

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, stellte fest, dass die Beschallung nicht in Ordnung sei. Seine Fraktion werde dazu einen Antrag stellen.

Zu TOP 31- Anfrage der SPD-Fraktion - zur Gestaltung der Freifläche vor der Post am Joliot-Curie-Platz

Vorlagen-Nr.: III/2001/01795

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 32 - Anfrage des Stadtrates Prof. Dr. Kiel, PDS - zu den Entgelten für die Benutzung von Bädern durch Sportvereine

Vorlagen-Nr.: III/2001/01803

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 33 - Anfrage der SPD-Fraktion - zu den Wappen der Partnerstädte an den Hauptausfallstraßen der Stadt Halle

Vorlagen-Nr.: III/2001/01805

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 34 - Anfrage der MBL- Fraktion - zu Gerichtsverfahren

Vorlagen-Nr.: III/2001/01808

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 35 - Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS - zur Erfüllung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages

Vorlagen-Nr.: III/2001/01809

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, erklärte, die Anfrage sei nicht beantwortet. Er könne den Standpunkt,
den Herrn Dr. Busmann geäußert habe, nachvollziehen, habe aber Informationen und Hinweise, dass der eine Vertragspartner seine Pflichten nicht erfüllen könne, weil der andere

Vertragspartner seine Pflichten nicht erfülle. Er bitte, diesem nachzugehen und hierzu konkret
zu informieren.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erwiderte, es gehe um eine Fülle
von Qualitätsstandards auf beiden Seiten. Unabhängig von einer Vertragserfüllungsprüfung,
die nach einem Jahr durchgeführt werde, müsse man jetzt schon Einzelprobleme anpacken.
Dazu habe auch die Oberbürgermeisterin in ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende schon
einiges ausgelöst.

Zu TOP 36 - Anfrage der MBL- Fraktion - zur Zukunft des ehemaligen "Urania" am Moritzburgring

Vorlagen-Nr.: III/2001/01810

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 37 - Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS - zur Linienführung der Buslinie 28

Vorlagen-Nr.: III/2001/01811

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 38 - Anfrage der SPD-Fraktion - zum Verbleib einer Betonstele mit dem Stadtwappen

Vorlagen-Nr.: III/2001/01812

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 39 - Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS - zur Bewertung von Beihilfen im ÖPNV

Vorlagen-Nr.: III/2001/01813

Herr **Heft,** PDS-Fraktion, bat, den Stadtrat die Antwort zu Frage 6 deutlich zur Kenntnis zu nehmen.

Zu TOP 40 - Anfrage der CDU-Fraktion - zu Verkehrsplanungen

Vorlagen-Nr.: III/2001/01816

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 41 - Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU - zur Schulbau-Finanzierung

Vorlagen-Nr.: III/2001/01817

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 42 - Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU - betreffend eine Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) vom 25. April 2001

Vorlagen-Nr.: III/2001/01818

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 43 - Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU - zu Schulabgängern ohne Abschluss

Vorlagen-Nr.: III/2001/01819

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 44 - Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, HAL-Bündnis 90/ DIE GRÜNEN - zur Nachnutzung des Geländes des Schulgartens Büschdorf

Vorlagen-Nr.: III/2001/01825

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, bemerkte, dass sie nach der Nachnutzung des Geländes gefragt habe. In der Antwort werde geschrieben, dass das Gebäude abgerissen werde. Die Frage sei damit für sie nicht beantwortet.

Zu TOP 45 - Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM – zur Landesausstellung 2002 500-Jahrfeierlichkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Halle (Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2001/01826

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfragen:

Frau **Schaffer,** PDS-Fraktion, dankte für die Antwort der Verwaltung auf eine mündliche Anfrage. Mit der Antwort zu den Wartehäuschen von Herrn Heinrich sei sie nicht zufrieden. Auf diese Frage erwarte sie noch eine Antwort.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, äußerte sich zur Sauberkeit auf den Treppen des Ratshofes. Er bitte um schriftliche Antwort, welche Möglichkeiten die Verwaltung sehe, im Eingangsbereich des Ratshofes Ordnung zu schaffen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, wies auf die Gaststätte "Zur Sonne" in der Silberhöhe hin. In diesem Gebiet befänden sich zwar Lichtmasten, aber es brenne kein Licht. Er bitte um Prüfung.

Herr **Köhler,** CDU-Fraktion, fragte, wann die "Fahne" am Hansering ihren neuen Farbanstrich
erhalten werde und aus welcher Haushaltsstelle dies bezahlt werden soll.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, antwortete zum Termin, dass Zielstellung sei, den Anstrich noch in diesem Jahr zu machen. Die Kosten sollen aus Sanierungsmitteln getragen werden.

Herr **Scholze,** F.D.P.-Fraktion, fragte zu einem Antrag seiner Fraktion hinsichtlich der Bundeskulturstiftung. Wie sei der gegenwärtige Stand?

Herr **Gärtner,** Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, sagte eine schriftliche Information
zu.

Herr **Lehmann,** CDU-Fraktion, ging auf die Antwort auf seine frühere Anfrage Autobahnausschilderung Halle-Zentrum-Peißen ein, die er heute erhalten habe. Er verstehe
das so, dass jetzt eine Übergangslösung gefunden worden sei.
Er fragte den Vorsitzenden des Stadtrates, ob die Verwaltung, abweichend von Stadtratsbeschlüssen, einen solchen Beschluss einfach interpretieren und entsprechend verfahren dürfe oder müsse sie sich an den Beschluss halten.

Herr **Bönisch** entgegnete, nach seinem Dafürhalten sei es so, dass – wenn der Beschluss interpretierbar sei – das Protokoll gelte, wenn nicht, gelte der Beschluss.

Herr **Dr. Busmann** erklärte, selbstverständlich müsse die Stadtverwaltung Beschlüsse des Stadtrates ausführen. Problem sei in diesem Fall aus Sicht seines Dezernats gewesen, dass der
Stadtratsbeschluss nicht präzise gewesen sei. Dadurch habe es Irritationen gegeben, die bis in
die Presse hinein gegangen seien. Im Sinne der Ausführungen von Herrn Lehmann im Planungsausschuss und auch im Stadtrat werde jetzt gehandelt.

Herr **Schmidt,** SPD-Fraktion, fragte, ob sich das Kuratorium zur Vorbereitung des Stadtjubiläums schon gebildet habe und wann die entsprechende Vorlage dazu in den Stadtrat komme.

Herr **Gärtner,** Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, antwortete, das Kuratorium habe
sich noch nicht gebildet. Die Vorlage werde im Dezember in den Stadtrat eingebracht.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, fragte, ob die Erstwohnsitzkampagne anläßlich der Neuimmatrikulation an der MLU wieder stattgefunden habe und welche Resonanz es gegeben
habe.

Herr **Dr. Roscher**, Beigeordneter für Verwaltung und Ordnung, antwortete, die Veranstaltung
habe stattgefunden. Die aktuellen Zahlen werde er schriftlich zusenden.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, bat um Auskunft, warum Taxen während der Bauzeit am Bahnhof ausschließlich den Hinterausgang anfahren dürfen.

Herr **Dr. Roscher** sagte eine schriftliche Antwort zu.

Frau **Dr. Haerting** fragte, ob es möglich sei die Situation am Bahnhof für Fußgänger zu entspannen. Die schon relativ fertige Bahnüberführung könnte provisorisch dafür hergerichtet werden.

Herr **Dr. Busmann** sagte eine Prüfung zu.

Herr **Bressel,** MBL-Fraktion, fragte, ob die Marktordnung wie angekündigt im November im Stadtrat behandelt werde.

Herr **Dr. Roscher** verwies darauf, er habe gesagt, die Verwaltung werde noch in diesem Monat die Vorlage in die Ausschüsse bringen und danach, je nach Verlauf der Beratungen, in den Stadtrat. Es zeichne sich ab, dass sich in der nächsten Woche der Innenausschuss damit befassen werde. Aufgrund der Diskussion um die verschiedenen Varianten werde wahrscheinlich erst im Dezember eine allseitige Abstimmung im Stadtrat erfolgen können.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** stellte richtig, die Verwaltung lege jetzt ein Konzept vor, das diskutiert werden müsse. Im Ergebnis des Konzepts werde eine Marktordnung erstellt.

Herr **Stemme,** MBL-Fraktion, ging auf den Vorschlag seiner Fraktion zur Veränderung der Ampelschaltung an der Dieselstraße/Roßbachstraße ein. Herr Heinrich habe geantwortet, das koste 20 TDM. Er frage, wie diese Summe zustandekomme.

Herr **Heinrich,** Beigeordneter für Bauen, antwortete, es müsse die Programmsteuerung, die Software verändert werden.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 46 – Mitteilungen

Der Vorsitzende des Stadtrates informierte zu Anträgen von Fraktionen auf Akteneinsicht, die
möglicherweise bereits stattgefunden haben:
HAL-Fraktion zu Unterlagen Bauvorhaben Universitätsplatz
PDS-Fraktion - zu Unterlagen Vorgang Hermes-Areal
- zu Unterlagen Kostenplanung Umgestaltung Universitätsplatz
- in Vertrag der Stadt Halle mit der AG Privates Kabarett
- in Gutachten Voßstraße.

Er äußerte weiter, dass er künftig bei Erstellung der Einladung auch die Vorlagen der Verwaltung dazu ansehen werde. Sollte eine Vorlage nicht fristgemäß vorgelegt werden können, werde sie nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 25. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt

Halle (Saale).

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Szabados
Bürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian